

Hövermann, Andreas; Kohlrausch, Bettina

Research Report

Die Entwicklung des Vertrauens in Gewerkschaften

WSI Policy Brief, No. 76

Provided in Cooperation with:

The Institute of Economic and Social Research (WSI), Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Hövermann, Andreas; Kohlrausch, Bettina (2023) : Die Entwicklung des Vertrauens in Gewerkschaften, WSI Policy Brief, No. 76, Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), Düsseldorf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/271109>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

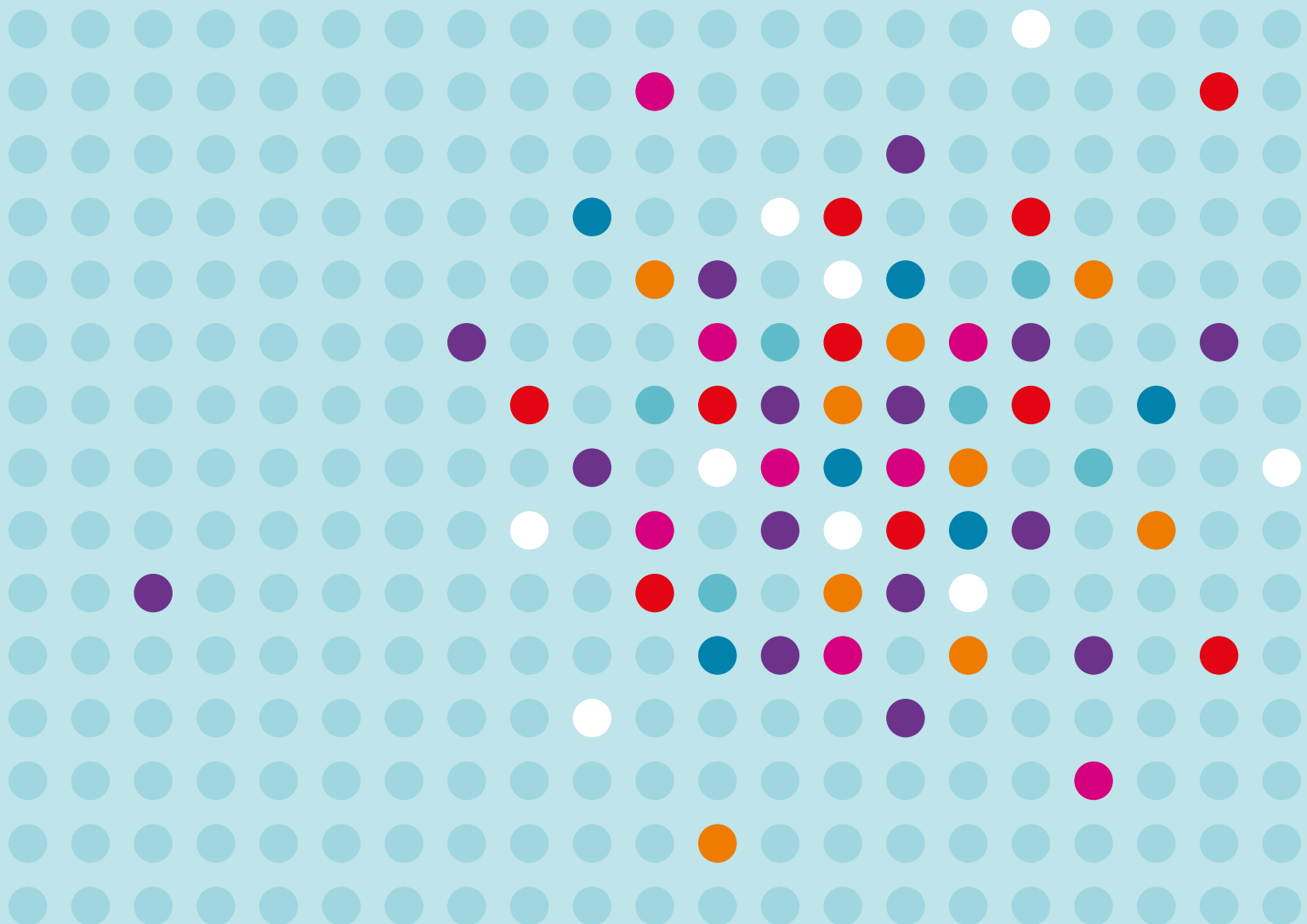
POLICY BRIEF

Nr. 76 · Policy Brief WSI · 03/2023

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

DIE ENTWICKLUNG DES VERTRAUENS IN GEWERKSCHAFTEN

Andreas Hövermann, Bettina Kohlrausch



1 Einleitung

In diesem Policy Brief diskutieren wir, wie sich das Vertrauen in Gewerkschaften unter den Bedingungen der multiplen Krisen der letzten Jahre entwickelt hat. Wir zeigen, dass es zwischen April und November 2022 zu einem Vertrauenszuwachs in Gewerkschaften kam, und diskutieren dessen Ursachen. Damit verbindet sich auch die Frage, welche Faktoren dazu führen, dass Gewerkschaften als relevanter gesellschaftlicher Akteur wahrgenommen werden und in welchem Ausmaß sie einen Beitrag zur Stabilisierung der Gesellschaft leisten können.

In den letzten Jahren ist die deutsche Gesellschaft, aber auch ihr politisches System, unter großen Druck geraten. Knapp drei Jahre Corona-Pandemie haben bei vielen Menschen erhebliche Spuren hinterlassen, was sich nicht zuletzt in weit verbreiteten, enormen sozio-emotionalen Belastungswerten zeigt (z. B. Hövermann 2021; Andresen et al. 2021). Als Hauptleidtragende und als in besonderem Ausmaß betroffen zeigten sich hier Eltern und dabei vor allem Mütter, die sowohl mit den höchsten Belastungswerten als auch mit der geringsten Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement und dem geringsten Vertrauen in die Bundesregierung auffielen (Hövermann/Kohlrausch 2022; Kohlrausch/Hövermann 2023). Nachdem es bereits in der Pandemie vor allem Mütter waren, die den Großteil der zusätzlich auftretenden Betreuungsaufgaben schulterten, waren es auch am Ende des Jahres 2022 vor allem die Mütter, die zusätzlich noch die erneut zahlreich auftretenden Betreuungseingpässe in Folge der großen Influenzawelle auffingen und die die Preissteigerungen unter besonders großen finanziellen Druck setzten (ebd.).

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und seine wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Folgen dominierten im Jahr 2022 nicht nur die öffentliche Aufmerksamkeit, sie bestimmten auch maßgeblich die Sorgen der Erwerbspersonen in Deutschland. Während zunächst kurz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine die Sorge vor einer Ausweitung des Krieges um sich griff, rückten im Laufe des Jahres aufgrund der auf Rekordwerte steigenden Inflationsrate immer stärker wirtschaftliche und finanzielle Sorgen in den Mittelpunkt (vgl. Kohlrausch/Hövermann 2022; Kohlrausch et al. 2022). Während die Inflationsrate mit rund fünf Prozent kurz vor Kriegsausbruch bereits höher als in den 30 Jahren zuvor lag, erklimmte sie im Jahresverlauf Schritt für Schritt Werte von erst sieben und später im Herbst 2022 sogar von über zehn Prozent und bedeutete damit Preissteigerungen auf einem Niveau, das es seit über 70 Jahren in Deutschland nicht gab. Diese enormen Preisanstiege gingen mit erheblichen finanziellen Belastungen der Menschen in Deutschland einher, sodass viele Menschen darauf mit Einschränkungen beim Konsum reagierten, insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen (vgl. Kohlrausch et al. 2022; Behringer/Dullien 2022). Zudem zeigte sich, dass vor allem jene Einkommensgruppen besonders oft von finanziellen Belastungen berichteten, die bereits aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie Einkommenseinbußen hinnehmen mussten – die Überschneidungen der besonders belasteten Gruppen also erheblich sind (Kohlrausch/Hövermann, 2022a).

Mit der Verkündung einer „Zeitenwende“ durch Bundeskanzler Scholz kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022 reagierte die Bundesregierung auf diese Zäsur und bereitete das Land auf die umfangreichen Veränderungen und Belastungen der kommenden Monate vor.

Um auf die erheblichen Preissteigerungen, die aus den aufgrund des Krieges gestiegenen Energiepreisen resultierten, zu reagieren, wurden im Laufe des Jahres auch drei sogenannte Entlastungspakete mit einem Gesamtvolumen von 95 Mrd. Euro geschnürt, die den Bürger*innen finanzielle Hilfen in verschiedenen Formen zusicherten. Diese zeigten dann im Laufe des Jahres auch erste Wirkung, als die Zahl der Menschen anstieg, die die Entlastungen durch die Pakete spürbar wahrnahmen. Auch der Privatkonsum konnte stabilisiert und die Preissteigerungen auf einem hohen Niveau zumindest gestoppt werden (Behringer et al. 2022; Behringer/Dullien 2023; Dullien/Tober 2023).

Diese Krisen und die damit einhergehenden Belastungen und Herausforderungen hatten auch Konsequenzen für das Vertrauen der Erwerbspersonen in die Bundesregierung und das politische System generell, wie aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel hervorging. So konnte im Laufe der Pandemie eine steigende Unzufriedenheit mit dem Pandemie-Krisenmanagement der Bundesregierung sowie ein damit eng verknüpfter Rückgang des Vertrauens in die Bundesregierung nachgezeichnet werden (Kohlrausch/Hövermann 2022b). Die beobachtete politische Entfremdung speiste sich zu einem erheblichen Anteil aus finanziellen Sorgen und stand im engen Zusammenhang mit Verschwörungsdenken und der Abwertung Geflüchteter aus der Ukraine, beides wesentliche Merkmale rechtspopulistischer und demokratiegefährdender Einstellungen (Hövermann 2022). Zusammenfassend führten die Corona-Krise und der Ukraine-Krieg nicht nur zu einem Anstieg individueller Belastungen, sondern stellten sowohl für das politische System als auch die Gesellschaft eine große Belastungsprobe dar.

Die multiplen Krisen, die Deutschland in den vergangenen Jahren zu bewältigen hatte, haben auch die Bedeutung der Gewerkschaften als gesellschaftlichen Akteur hervorgehoben. Sowohl während der Corona-Krise als auch während des Ukraine-Kriegs und im Zuge der damit verbundenen Preissteigerungen kam es zu tripartistischen Arrangements. So initiierte Bundeskanzler Scholz im Jahr 2022 eine konzertierte Aktion, um mit den Sozialpartner*innen gemeinsam über Maßnahmen zur Krisenbewältigung zu beraten. Zudem wurden im Jahr 2022 Tarifverträge für 7,4 Mio. Beschäftigte abgeschlossen. In Anbetracht der enormen Preissteigerungen wurden Gewerkschaften in Tarifverhandlungen immer wieder mit Befürchtungen einer Lohn-Preis-Spirale konfrontiert. Am Ende des Jahres zeigte sich, dass die Tariflöhne in Deutschland im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 2,7 Prozent anstiegen und damit stärker als in den beiden Vorjahren, jedoch geringer als 2018 und 2019 (Schulten 2022). Bei den Neuabschlüssen konnten durchschnittliche Tarifzuwächse von 2,9 Prozent erzielt werden, wobei in vielen Fällen der wesentliche Anteil der vereinbarten Tarifzuwächse erst im Jahr 2023 wirksam wird (ebd.). Dennoch schlug aufgrund der hohen Inflation am Ende des Jahres 2022 ein Rekordwert beim Reallohnverlust von 4,1 Prozent zu Buche.

Der vorliegende Bericht betrachtet nun anhand von Daten des WSI-Erwerbspersonenpanels, wie sich das Vertrauen in Institutionen generell, aber insbesondere in Gewerkschaften in den Jahren 2021 und 2022 entwickelt hat. Welche Veränderungen sind ersichtlich und worauf lassen sie sich am ehesten zurückführen?

2 Datensatz

Grundlage der vorliegenden Analysen ist eine im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung von KANTAR durchgeführte Panelbefragung von Erwerbspersonen in Deutschland (vgl. auch Emmeler 2022; KANTAR 2021). Die Interviews wurden als computergestützte Online-Interviews (CAWI) mit Erwerbspersonen ab 16 Jahren durchgeführt. Mittlerweile konnten neun Erhebungswellen realisiert werden, bei denen (weitestgehend) dieselben Befragten wiederholt befragt wurden.

Die Studie begann mit einer ersten Erhebung im April 2020, in einer frühen Phase der Corona-Pandemie während des strikten ersten Lockdowns. Hier wurden 7.677 Erwerbspersonen über 16 Jahren befragt. Daran anschließend erfolgten in kurzen Abständen im Juni 2020, November 2020, Januar 2021 und Juli 2021 die Befragungswellen 2 bis 5. In der sechsten Erhebungswelle, die im Oktober 2021 kurz nach der Bundestagswahl erhoben wurde, wurde erstmalig das für den vorliegenden Bericht besonders relevante Vertrauen in verschiedene gesellschaftliche Institutionen erfragt. Nach einer siebten Erhebungswelle im Januar 2022, war die Erfassung des Institutionenvertrauens dann erneut in der achten Erhebungswelle im April 2022 Teil des Fragebogenumfangs.

Die aktuellste, neunte Erhebungswelle fand zwischen dem 23. November und dem 2. Dezember 2022 statt. Die Auswahlgesamtheit stellten die 7.677 Teilnehmenden dar, die an der ersten Erhebungswelle im April 2020 teilnahmen sowie zusätzliche 1.122 Selbstständige, die im Rahmen einer Aufstockungstichprobe zum Ausgleich einer Unterrepräsentation Selbständiger für die fünfte Welle gezogen wurden. An der Erhebung teilgenommen haben 5.136 Befragte (4.324 aus der Basisstichprobe und 812 aus der Aufstockungstichprobe). Damit konnten knapp 60 Prozent der Befragten aus der Auswahlgesamtheit auch noch zweieinhalb Jahre später zur Teilnahme bewegt werden.

Um Aussagen über die Auswahl der Befragten und letztlich über die Abdeckung und Repräsentativität der Stichprobe zu machen, ist es bei Panelbefragungen wichtig, die Ausgangsstichprobe der ersten Befragungswelle zu betrachten. Diese basierte auf einer Quotenstichprobe im Rahmen eines sogenannten Online-Access-Panels (vgl. auch KANTAR 2021). Dabei und in allen folgenden Erhebungswellen wurde die strukturelle Zusammensetzung der Befragten anhand festgelegter Quoten nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Bildung abgebildet und zusätzlich mit Gewichten nachträglich korrigiert. Die Quotenvorgaben basieren auf Sollzahlen aus der amtlichen Statistik, sodass die Stichproben der Erhebungswellen die Erwerbspersonen entsprechend dieser Merkmale adäquat abbilden.

Gleichwohl ist zu erwähnen, dass es sich bei dem Access-Panel nicht im strengen Wortsinn um eine Zufallsstichprobe handelt, welche weiterhin als „Goldstandard“ für die Erhebung repräsentativer Stichproben gilt. Zur Auswahlgesamtheit gehören nur diejenigen Befragten, die Mitglieder des im Einzelhandel verbreiteten Payback-Kunden-Programms sind. Mittlerweile sind dies jedoch ca. 31 Mio. aktive Payback-Kund*innen, sodass in mehr als jedem zweiten deutschen Haushalt eine Payback-Karte vorhanden ist und die Auswahlgesamtheit ebenso groß wie divers ist. Aus der Grundgesamtheit der Payback-Bestandskundendaten wurden die Befragten aktiv schriftlich-postalisch rekrutiert.

Das hier gewählte Rekrutierungsverfahren hat den Vorteil, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund der Quotierung anteilmäßig besser abgebildet und erreicht werden können als dies über Telefonumfragen möglich ist. Zudem sind Online-Befragungen deutlich besser als langwierige und komplexe Telefon-Stichproben geeignet, dynamische Situationen wie die derzeitigen Krisensituationen kurzfristig zu erheben. Der Großteil der Erhebungen fand innerhalb weniger Tage statt, sodass die Erhebungen unabhängiger von tagespolitischen Schwankungen waren. Des Weiteren erzielten Online-Stichproben eine hohe Zahl an Teilnehmenden, die detaillierte Analysen bestimmter Teilgruppen ermöglichen. Zudem werden die Antworten zur Qualitätssicherung auf Plausibilität geprüft, d. h. nur Personen mit plausiblen Angaben werden ausgewertet.

3 Vertrauen in Institutionen

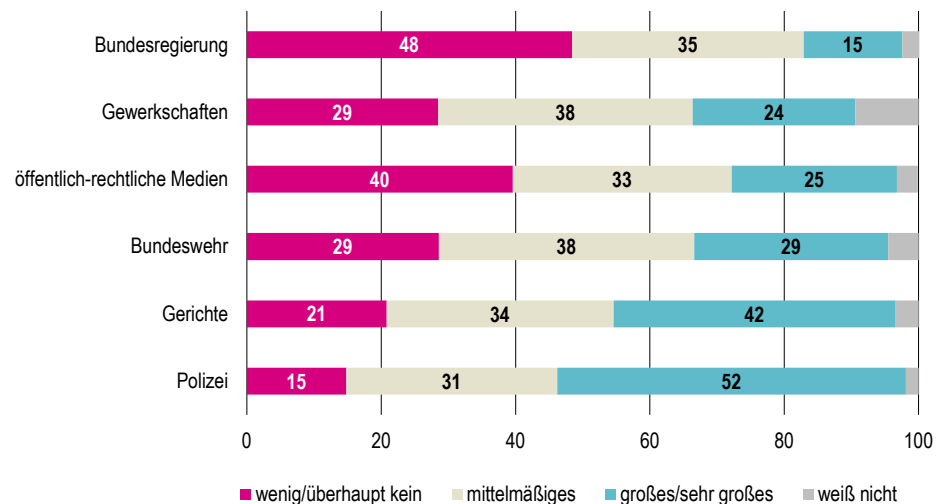
Im Fragebogenumfang der Erwerbspersonenbefragung wurden die Teilnehmenden gebeten, das Ausmaß ihres Vertrauens in verschiedene gesellschaftliche und politische Institutionen anzugeben. Abgefragt wurde das Vertrauen in die Polizei, die Gerichte, die Bundeswehr, die öffentlich-rechtlichen Medien, die Gewerkschaften und die Bundesregierung. Die Befragten konnten ihre Antwort anhand von fünf Ausprägungen abstimmen, die von „sehr großes“, „großes“ und „mittelmäßiges“ bis hin zu „wenig“ und „überhaupt kein“ Vertrauen reichten. Zudem gab es die Möglichkeit für die Befragten mit „weiß nicht“ zu antworten.

Betrachten wir das Antwortverhalten der Befragten zum Institutionenvertrauen anhand der aktuellsten Erhebung vom November 2022, ergibt sich folgende Verteilung (vgl. Abbildung 1): Am häufigsten äußern die Befragten „großes“ oder „sehr großes“ Vertrauen in die Polizei (52 Prozent) und in die Gerichte (42 Prozent). Gleichzeitig ist auch hier der Anteil mit 15 bis 21 Prozent am kleinsten, der diesen Institutionen wenig oder gar kein Vertrauen schenkt. Recht ausgeglichen ist aktuell das Vertrauen in Gewerkschaften und die Bundeswehr verteilt: Während 29 Prozent in die Bundeswehr „großes“ oder „sehr großes“ Vertrauen äußern, liegt dieser Wert bei den Gewerkschaften bei 24 Prozent. Erwähnenswert beim Vertrauen in Gewerkschaften ist zudem, dass hier im Vergleich zu den anderen Institutionen Befragte am häufigsten „weiß nicht“ angeben haben – immerhin neun Prozent. Geringes Vertrauen wird eindeutig am häufigsten den öffentlich-rechtlichen Medien (40 Prozent) und der Bundesregierung (48 Prozent) geschenkt.

Während immerhin noch rund jede und jeder Vierte „großes“ oder „sehr großes“ Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien äußert, sind es lediglich 15 Prozent der Befragten, die ein solch hohes Vertrauen in die Bundesregierung haben.

Abbildung 1: Vertrauen in verschiedene Institutionen im November 2022

Angaben in Prozent



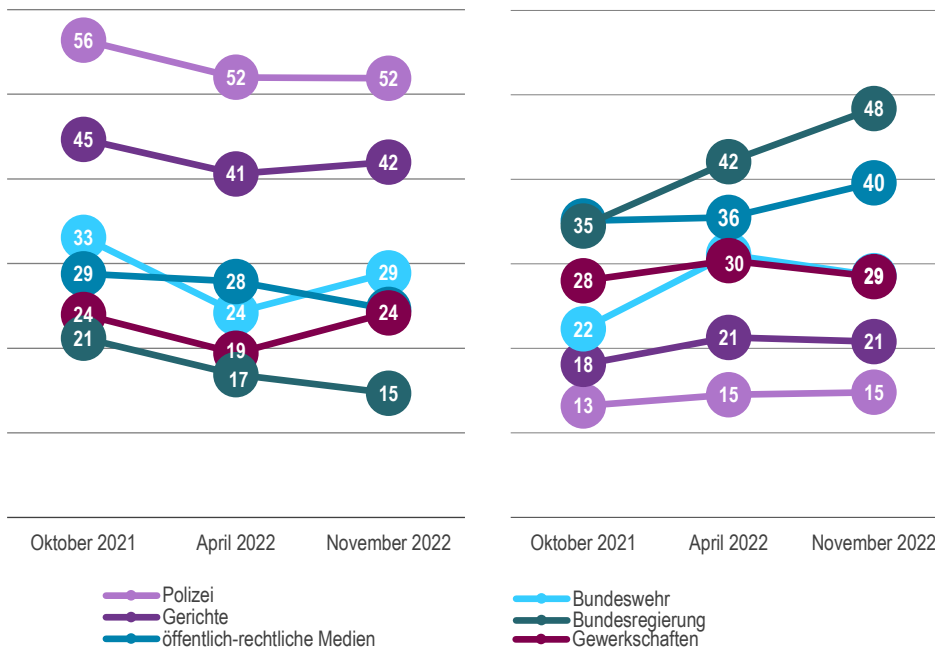
Quelle: 9. Welle Erwerbspersonenbefragung. Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren: (N=5.136), Erhebungszeitraum: November 2022.

WSI

Betrachtet man die Entwicklung der Vertrauensverteilungen im Zeitverlauf, so fallen in den 13 Monaten zwischen Oktober 2021 – dem ersten Termin, an dem das Institutionenvertrauen im Erwerbspersonenpanel erhoben wurde – und November 2022 durchaus beträchtliche Differenzen auf (vgl. Abbildung 2). Die relativ hohen Vertrauenswerte der Polizei und der Gerichte erscheinen als vergleichsweise stabil im Zeitverlauf. Zwar äußerten im Oktober 2021 hier sogar noch mehr Befragte als zuletzt hohes Vertrauen, jedoch sind die Rückgänge eher gering. Zu erheblichen Veränderungen kam es bei dem Vertrauen in die Bundeswehr, in die noch im Oktober 2021 ein Drittel ein großes Vertrauen äußerte, das dann aber im Folgenden auf nur noch 24 Prozent absank. Zuletzt stieg der Wert dann aber wieder auf 29 Prozent an. Hier wird sicherlich das deutlich gesteigerte Interesse an dem Zustand der Bundeswehr im Zusammenhang mit dem russischen Angriff auf die Ukraine und das als Reaktion darauf verkündete 100-Milliarden-Sondervermögen im Rahmen der Zeitenwende-Rede von Kanzler Scholz ersichtlich. Eine ähnliche, wenn auch nicht ganz so extreme Entwicklung des Vertrauens ergibt sich für die Gewerkschaften. Hier ist ebenfalls zunächst ein deutlicher Rückgang erkennbar – von 24 Prozent im Oktober 2021 auf nur noch 19 Prozent im April 2022. Zuletzt – im November 2022 – stieg der Anteil der Befragten, die „großes“ oder „sehr großes“ Vertrauen in die Gewerkschaften äußerte, jedoch wieder auf den Ausgangswert von 24 Prozent.

Insbesondere die Bundeswehr und die Gewerkschaften konnten somit zuletzt nach vorherigem Vertrauensverlust einen erheblichen Vertrauenszugewinn aufweisen.¹

Abbildung 2: Anteil „großes“ und „sehr großes“ Vertrauen (links) und „wenig“ und „überhaupt kein“ Vertrauen (rechts) in verschiedene Institutionen im Zeitverlauf
Angaben in Prozent



Quelle: Erwerbspersonenbefragung Wellen 6 (N=5.169), 8 (N=6.234) und 9 (N=5.136). Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren: (N=5.136). Welle 6 ohne Aufstockungsstichprobe, Wellen 8 und 9 mit Aufstockungsstichprobe.²



Vertrauensverluste zeigen sich hingegen für die öffentlich-rechtlichen Medien und vor allem für die Bundesregierung. Während der Anteil der Befragten, die großes Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien äußerten, in den hier betrachteten 13 Monaten von 29 auf knapp 25 Prozent fiel, entwickelte sich dieser Wert bei der Bundesregierung von 21 auf nur noch knapp 15 Prozent, die hier „großes“ oder „sehr großes“ Vertrauen äußerten. Analog dazu der stetige Anstieg der Befragten, die nur „wenig“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen in diese beiden Institutionen äußerten – bei den öffentlich-

¹ In einer Pressemitteilung vom 20.12.2022, in der erste Befunde kurz nach Erhebung der Daten veröffentlicht wurden, war hier fälschlicherweise von einem Anstieg des Vertrauens in Gewerkschaften von 19 auf 27 Prozent – und damit um acht Prozentpunkte die Rede. Dieser fehlerhafte Wert beruhte auf einem ungleichen Vorgehen bei der Miteinbeziehung des Anteils „weiß nicht“ in den jeweiligen Erhebungswellen. Korrekt sind die hier berichteten Werte des Anstiegs des Anteils mit „großem“ oder „sehr großen“ Vertrauens in Gewerkschaften von 19 auf 24 Prozent – und damit um fünf Prozentpunkte.

² Anders als für die Erhebungswellen 8 und 9 wurde für Welle 6 die Aufstockungsstichprobe der Selbständigen nicht berücksichtigt, da die Aufstockungsstichprobe in Welle 6 nicht befragt wurde. Wir haben uns dazu entschlossen, die Aufstockungsstichprobe für die Wellen 8 und 9 mit zu berücksichtigen, da diese eine Unterrepräsentation von Selbständigen besser ausgleicht und wir für die ausführlicheren Analysen der Vertrauensänderung in Abschnitt 4.2 auf die bestmögliche Stichprobe zurückgreifen wollen. Hinzu kommt, dass die Entscheidung über die Berücksichtigung der Aufstockungsstichprobe keinen Einfluss auf die Befunde hat: Vergleicht man das Gewerkschaftsvertrauen zu den drei Zeitpunkten und schließt für alle Wellen die Aufstockungsstichprobe aus, so ergibt sich ein beinahe exakt identischer Anteil der Befragten, die „großes“ oder „sehr großes“ Vertrauen äußern, wie z. B. im Falle der Gewerkschaften: im Oktober 2021 (Welle 6): 24 Prozent, im April 2022 (Welle 8): 19,8 Prozent und im November 2022 (Welle 9): 24 Prozent.

rechtlichen Medien stieg hier der Anteil von 35 auf knapp 40 Prozent, bei der Bundesregierung gar von knapp 35 auf 48 Prozent.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass im Zuge der tiefgreifenden Erschütterung, die die deutsche Gesellschaft im Zuge des Ausbruchs des Ukraine-Krieges erlebte, alle Institutionen an Vertrauen verloren haben. Auffällig ist, dass die Gewerkschaften einen Zugewinn von fünf Prozentpunkten auf zuletzt 24 Prozent und damit im Vergleich zu allen anderen Institutionen den stärksten Vertrauenszugewinn zu verzeichnen hatten. Hier sticht insbesondere der Vergleich zur Bundesregierung ins Auge, die in diesem Zeitraum weiter an Vertrauen verloren hat. Offensichtlich ist es den Gewerkschaften gelungen, sich in einer Zeit, die für viele Menschen von großen Ängsten und Sorgen (sowohl vor einer Ausweitung des Ukraine-Krieges als auch den ökonomischen Folgen des Krieges) geprägt war, als Institutionen wahrgenommen zu werden, die sich in der Krise bewähren. Im Folgenden analysieren wir ausführlicher, welche Faktoren mit dem beobachteten Vertrauensgewinn in Zusammenhang stehen.

4 Vertrauen in Gewerkschaften

Nachdem wir im vorherigen Abschnitt das Vertrauen in verschiedene Institutionen dargestellt haben, wird im folgenden Abschnitt auf das Vertrauen in Gewerkschaften fokussiert. Dazu schlüsseln wir zunächst detaillierter die Entwicklung des Vertrauens zu den drei Erhebungszeitpunkten im Oktober 2021, April 2022 und November 2022 auf.

4.1 Entwicklung im Zeitverlauf

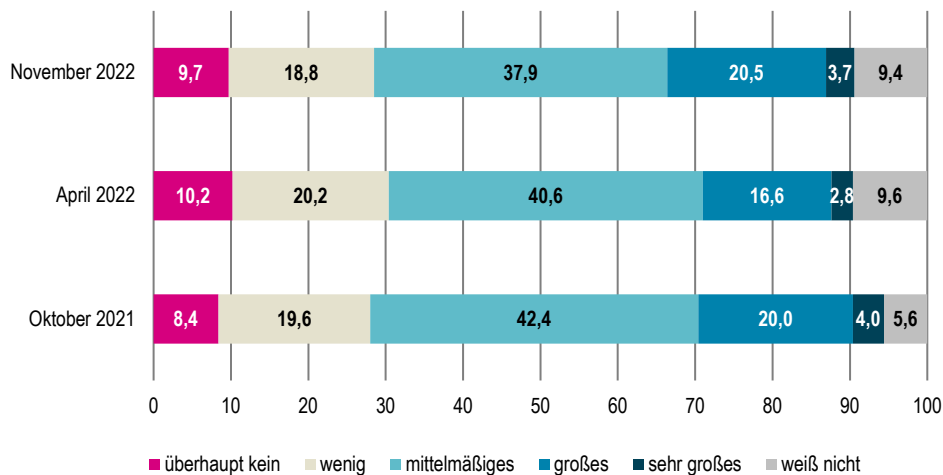
Abbildung 3 zeigt die Zustimmungsverteilungen zum Vertrauen in Gewerkschaften im Detail. Zu erkennen ist zum einen, dass im April 2022 im Vergleich zum Oktober 2021 das Vertrauen in Gewerkschaften insgesamt zurückging. So stieg sowohl der Anteil der Befragten, die „überhaupt kein“ oder „wenig“ Vertrauen äußerten, von 28 auf 30,4 Prozent, während gleichzeitig der Anteil, der „großes“ oder „sehr großes“ Vertrauen äußerte, von 24 auf 19,4 Prozent sank. Auffällig ist hier zudem, dass im April 2022 deutlich mehr Befragte „weiß nicht“ antworteten als zuvor (9,6 vs. 5,6 Prozent).³

Zum anderen wird dann bei der jüngsten Befragung eine gegenteilige Entwicklung ersichtlich, die die vorherigen Vertrauenseinbußen wieder wett macht. Zwar sind weiterhin ähnlich viele Befragte unschlüssig über ihr Vertrauen in Gewerkschaften und auch der Anteil der Befragten, die „überhaupt kein“ oder „wenig“ Vertrauen in Gewerkschaften äußern, sinkt nur geringfügig (von 30,4 auf 28,5 Prozent), jedoch kommt es zu einem durchaus beträchtlichen Anstieg des Anteils der Befragten, die ein „hohes“ oder „sehr hohes“ Vertrauen in Gewerkschaften äußern – von 19,4 auf 24,2 Prozent.

³ Dies geht auch nicht auf die Berücksichtigung der Aufstockungsstichprobe ab April 2022 (Welle 8) zurück, da sowohl unter den Befragten der Ausgangsstichprobe als auch unter denen der Aufstockungsstichprobe der Anteil der Befragten, die „weiß nicht“ antworteten, deutlich über dem 5,6 Prozent-Wert vom Oktober 2021 liegt.

Damit äußern im November 2022 nahezu genauso viele Befragte ein großes Vertrauen in Gewerkschaften wie 13 Monate zuvor.

Abbildung 3: Vertrauen in Gewerkschaften im Zeitverlauf
Angaben in Prozent



Quelle: Erwerbspersonenbefragung Wellen 6 (N=5.169), 8 (N=6.234) und 9 (N=5.136). Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren. Welle 6 ohne Aufstockungsstichprobe, Wellen 8 und 9 mit Aufstockungsstichprobe (siehe Fußnote 2).

WSI

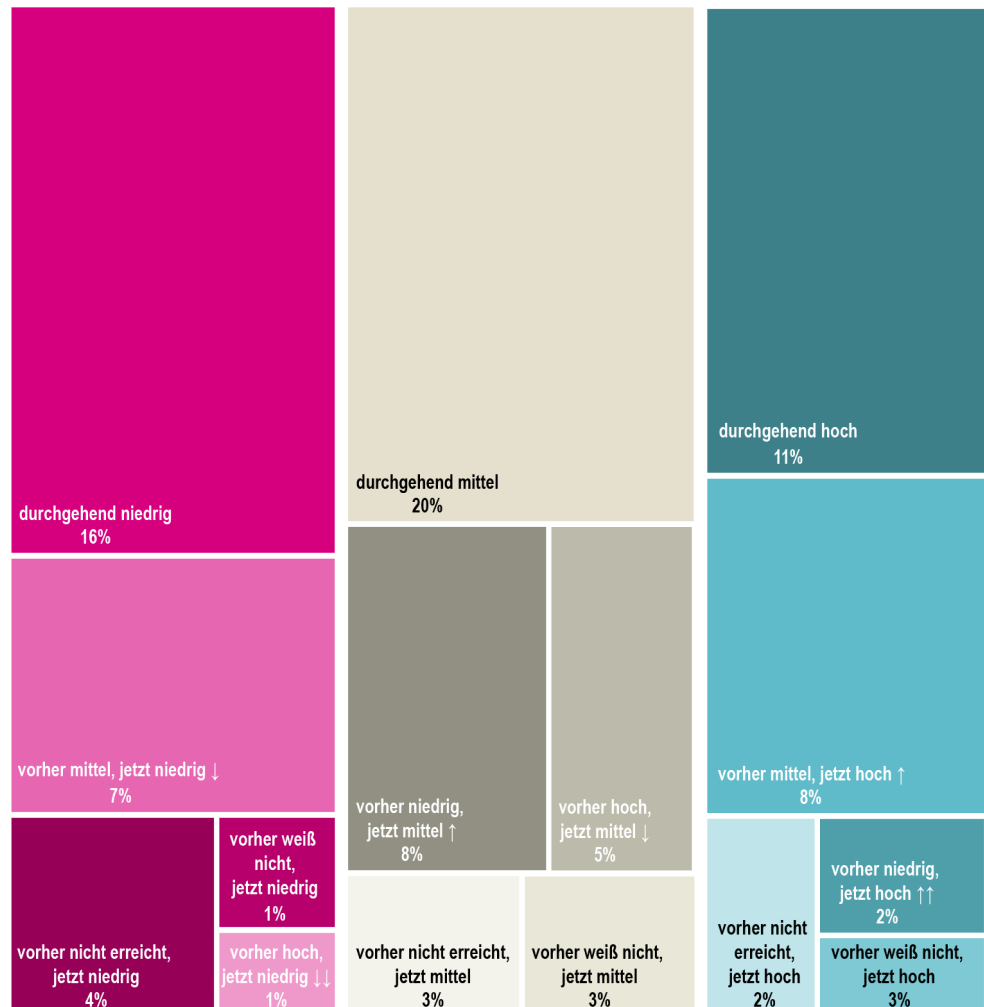
4.2 Änderung des Vertrauens in Gewerkschaften

Die bisher berichteten Werte zeigen die Zustimmungsverteilungen zum Vertrauen in Gewerkschaften basierend auf den Antworten aller Befragten. Sie geben somit Auskunft darüber, wie weit Vertrauen unter den Erwerbspersonen verbreitet ist. Diese Zahlen geben jedoch zwangsläufig noch keine Hinweise darauf, wie groß die Vertrauensveränderungen bei den jeweils einzelnen Befragten ausfallen. Um dies zu verdeutlichen, ist hier beispielhaft der extreme, aber eher unwahrscheinliche Fall denkbar, dass sich die 24 Prozent mit hohem Vertrauen im Oktober 2021 ganz anders zusammensetzen als die 24 Prozent mit hohem Vertrauen im November 2022. Die bisherige Analyse zeigte erstmal nur, dass ähnlich viele Befragte zum ersten und zum letzten Zeitpunkt hohes Vertrauen äußern, nicht jedoch, wie sich das Vertrauen bei den einzelnen Personen entwickelte.

Die Analysen in den folgenden Abschnitten zielen nun darauf ab, explizit die Entwicklung zwischen den letzten beiden Erhebungen zu fokussieren, bei der es insgesamt zu einem Anstieg des Vertrauens kam.⁴ Um sich dem zu nähern, ist es hilfreich, in einem ersten Schritt die Muster der individuellen Vertrauensänderungen zwischen den beiden Zeitpunkten zu betrachten, wie in Abbildungen 4 und 5 dargestellt.

⁴ Da hier nur die beiden letzten Erhebungen betrachtet werden – also die Wellen 8 und 9 – wird hier auch die Aufstockungsstichprobe der Selbständigen berücksichtigt, um eine bestmögliche Abdeckung der Grundgesamtheit zu gewährleisten.

Abbildung 4: Muster der Vertrauensänderungen in Gewerkschaften zwischen April und November 2022 nach Vertrauensausprägung im November 2022
Angaben in Prozent



Quelle: Erwerbspersonenbefragung Wellen 8 (N=6.234) und 9 (N=5.136). Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren.

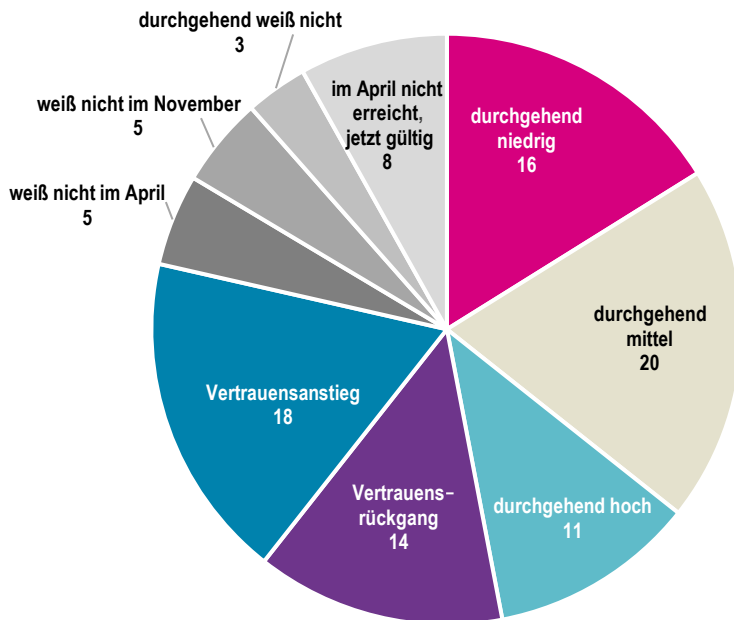


Hier wird jeweils separat für die Befragten, die zuletzt niedriges, mittleres und hohes Vertrauen in Gewerkschaften äußerten, aufgeschlüsselt, wie sie in der vorherigen Befragung, rund ein halbes Jahr zuvor, antworteten.⁵ Als erstes betrachten wir die Befragten, bei denen es zu keiner Änderung des Vertrauens in Gewerkschaften kam – die also im Mai 2022 und im November 2022 dasselbe Vertrauen äußerten. Knapp die Hälfte der Befragten antwortete hier stabil und konsistent zu ihren vorherigen Angaben. Unabhängig davon, ob sie nun niedriges (16 Prozent), mittleres (20 Prozent) oder hohes Vertrauen (11 Prozent) äußerten, kam es bei ihnen zu keiner Vertrauensänderung in Gewerkschaften.

⁵ Zur Vereinfachung werden im Folgenden Befragte, die „überhaupt kein“ oder „wenig“ Vertrauen äußerten zu „niedrig“ zusammengefasst, Befragte, die „mittelmäßiges“ Vertrauen äußerten zu „mittel“ und Befragte, die „großes“ oder „sehr großes“ Vertrauen äußerten zu „hoch“ zusammengefasst.

Hingegen sind für rund ein Drittel der Befragten Änderungen im Vertrauensausmaß in Gewerkschaften zu beobachten, die sich wie in Abbildung 4 dargestellt sehr unregelmäßig auf die verschiedenen Kombinationen verteilen.⁶

Abbildung 5: Vereinfachte Muster der Vertrauensänderungen in Gewerkschaften zwischen April und November 2022
Angaben in Prozent



Quelle: Erwerbspersonenbefragung Wellen 8 (N=6.234) und 9 (N=5.136). Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren.



Bei 18 Prozent der Befragten kam es zu einem Anstieg des Vertrauens in Gewerkschaften. Bei rund zehn Prozent führt dies dazu, dass sie nun hohes Vertrauen äußern, bei den weiteren acht Prozent stieg das Vertrauen von vorher niedrig auf jetzt mittelmäßig. Hingegen kam es bei 13,6 Prozent der Befragten zuletzt zu einem Rückgang des Vertrauens. Bei acht Prozent führt dies dazu, dass zuletzt nun geringes Vertrauen in Gewerkschaften geäußert wurde, bei weiteren fünf Prozent fiel das Vertrauen zuletzt von hoch auf mittelmäßig.

Im Folgenden wird nun betrachtet, wie sich diese unterschiedlichen Gruppen zusammensetzen. Dabei werden vier Gruppen fokussiert: diejenigen, die durchgängig hohes Vertrauen äußerten (1), die, bei denen es zu Vertrauensanstiegen kam (2), die, die durchgängig niedriges Vertrauen äußerten (3) und die, bei denen es zu Vertrauensrückgängen kam (4).

⁶ Die hier auf 100 Prozent aufaddiert fehlenden Fälle ergeben sich durch Befragte, die in mindestens einer der beiden Erhebungen „weiß nicht“ angegeben haben oder in der Befragung im April 2022 nicht erreichbar waren.

4.2.1 Wer hatte durchgehend hohes Vertrauen und wer hat Vertrauen hinzugewonnen?

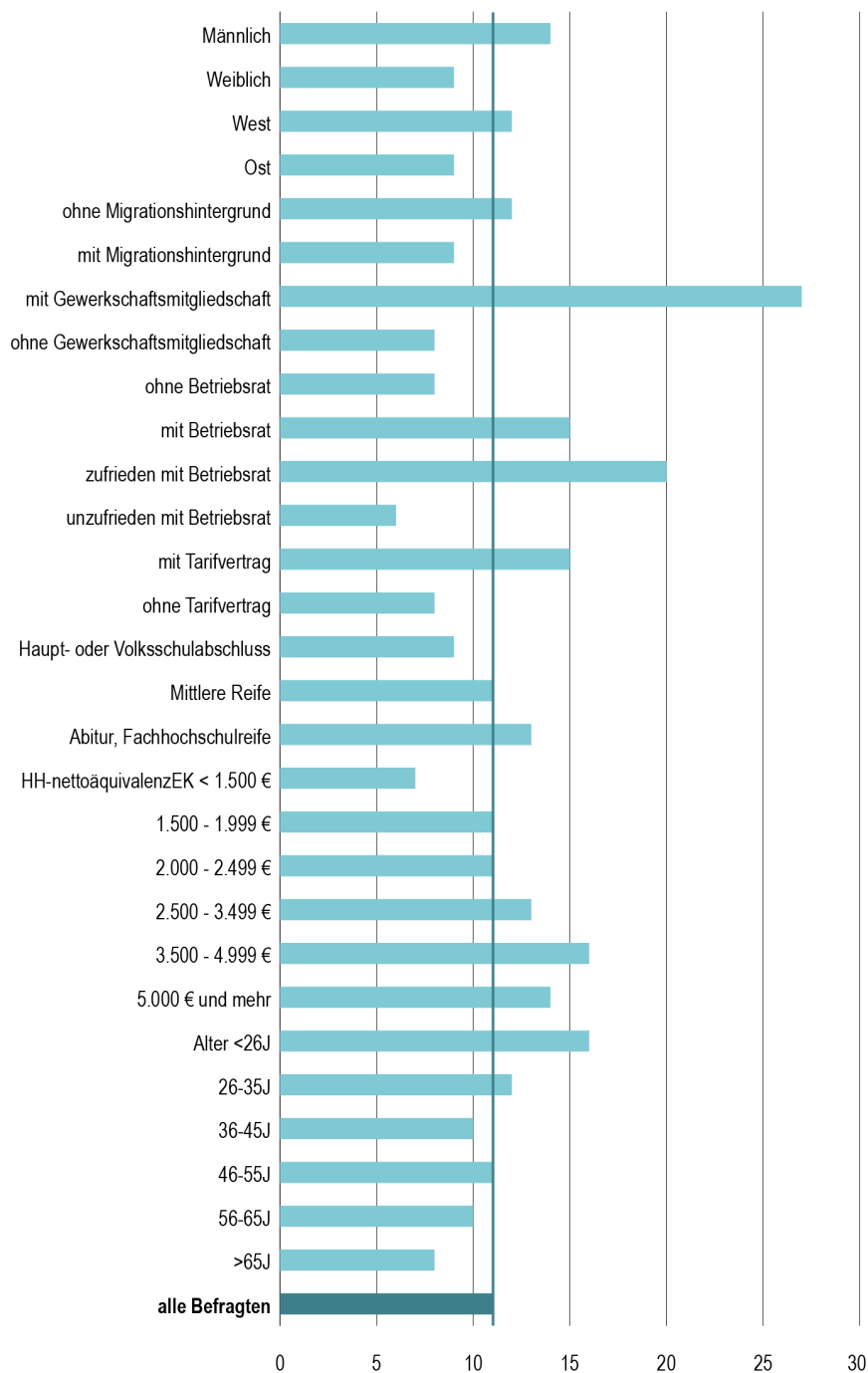
Bei der Betrachtung verschiedener Gruppen fokussieren wir auf soziodemographische sowie eng mit Gewerkschaften verknüpfte Merkmale, wie das Vorhandensein eines Betriebsrats, eines Tarifvertrags, die Gewerkschaftsmitgliedschaft sowie die Zufriedenheit mit der Arbeit des Betriebsrats. Des Weiteren schließen wir die Parteipräferenz der Befragten und ihr Vertrauen in andere Institutionen⁷ mit in die Analysen ein. Schließlich nehmen wir die Sorgen der Befragten und deren Einschätzung zu den Entlastungspaketen der Bundesregierung in den Blick. Für Letzteres ziehen wir Fragen hinzu, die sich auf zwei unterschiedliche Zeiträume beziehen – zum einen die Frage, ob die Befragten durch die Entlastungspakete bereits entlastet wurden (retrospektiv) und zum anderen, ob man glaubt, dass die Entlastungspakete noch zu einer eigenen Entlastung führen werden (prospektiv).

Beginnen wir mit denjenigen Befragten, die sowohl im April als auch im November 2022 hohes Vertrauen in Gewerkschaften geäußert haben – also der Gruppe mit durchgehend hohem Vertrauen. Unter allen Befragten lag der Anteil hier bei 11,3 Prozent. Abbildung 6 verdeutlicht nun, in welchen Gruppen der Anteil hier über- oder unterdurchschnittlich ausfällt – welche Gruppen also besonders häufig oder selten mit durchgehend hohem Gewerkschaftsvertrauen auffallen.⁸

⁷ Hier berücksichtigen wir einerseits das Vertrauen in die einzelnen abgefragten Institutionen (Polizei, Gerichte, Bundeswehr, öffentlich-rechtliche Medien, Bundesregierung), andererseits aber auch das generelle Institutionenvertrauen der Befragten – also inwieweit die Befragten Institutionen generell vertrauen, indem die Angaben der Befragten zum Vertrauen in Institutionen kombiniert und aufaddiert werden.

⁸ Zudem wird auch jeweils unter den Abbildungen detailliert angegeben, ob die Unterschiede zwischen den Gruppen statistisch signifikant sind – also ob beispielsweise der Anteil der Befragten mit Betriebsrat in der Gruppe „durchgehend hoch“ statistisch signifikant höher ausfällt als der Anteil der Befragten ohne Betriebsrat (zum Beispiel: „mit > ohne Betriebsrat ****“).

Abbildung 6: Anteil „durchgehend hoch“ – also derjenigen, die im April und November 2022 hohes Vertrauen äußerten, in den jeweiligen soziodemographischen Gruppen, Durchschnittswert aller Befragten: 11,3 Prozent
Angaben in Prozent



Quelle: Erwerbspersonenbefragung. Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren: (Gruppe „durchgehend hoch“, N=541). Signifikante Differenzen: Männer > Frauen***; ohne > mit Migrationshintergrund *; mit > ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft ***; mit > ohne Betriebsrat ***; zufrieden > unzufrieden mit Betriebsratsarbeit ***; mit > ohne Tarifvertrag ***; Abitur > Haupt-/Volksschulabschluss ***; alle anderen > U1.500 € ***; 3.500-4.999 € > U2.499 € ***; U26 > U36 ***.



Lesehilfe: Unter allen Erwerbspersonen beträgt der Anteil mit „durchgehend hohem“ Gewerkschaftsvertrauen 11,3 Prozent. Unter Gewerkschaftsmitgliedern beträgt der Anteil mit „durchgehend hohem“ Gewerkschaftsvertrauen 27 Prozent; unter Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern nur 8 Prozent.

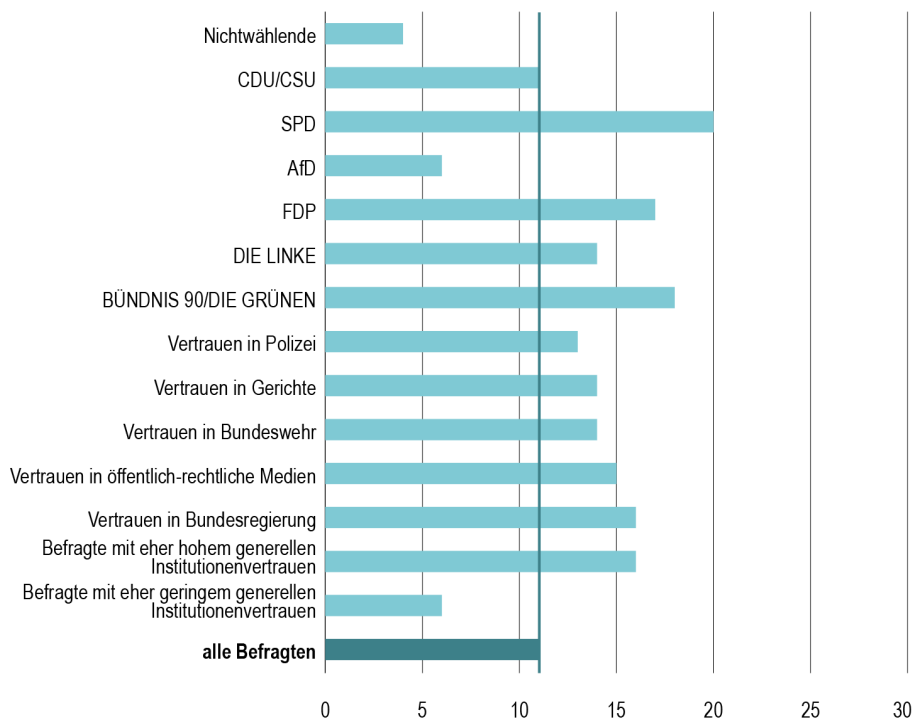
Besonders häufig durchgehend hohes Vertrauen äußern Erwerbspersonen, die selbst Gewerkschaftsmitglied sind (27 Prozent), die an ihrer Arbeit einen Betriebsrat (15 Prozent) haben, die einen Tarifvertrag (15 Prozent) haben und die zufrieden mit der Arbeit des Betriebsrats sind (20 Prozent). Mit acht Prozent finden sich in dieser Gruppe deutlich unterdurchschnittlich häufig Befragte, die kein Gewerkschaftsmitglied sind, die keinen Betriebsrat und/oder keinen Tarifvertrag haben. Mit den niedrigsten Werten (sechs Prozent) fallen hier Befragte auf, die zwar einen Betriebsrat haben, jedoch unzufrieden mit ihm sind. Unter diesen Befragten äußerten also besonders wenige Erwerbspersonen durchgehend hohes Vertrauen in Gewerkschaften.

Betrachtet man die demographischen Merkmale, so zeigt sich, dass hier unter den Befragten mit durchgehend hohem Gewerkschaftsvertrauen Männer über- und Frauen unterrepräsentiert sind. In dieser Gruppe sind zudem Befragte mit Abitur/Fachhochschulreife und mit mittleren Haushaltseinkommen überrepräsentiert. Unterrepräsentiert sind Befragte mit Migrationshintergrund, Befragte mit Haupt-/Volksschulabschluss und Befragte mit sehr geringen Haushaltseinkommen, die allesamt deutlich seltener als der Durchschnitt durchgehend hohes Vertrauen in Gewerkschaften äußern. Auch Befragte aus Ostdeutschland sind etwas seltener vertreten als dies für Befragte aus Westdeutschland gilt, wobei die Differenz statistisch nicht signifikant ausfällt (vgl. auch Abbildung A1 im Anhang). Bezüglich der Altersgruppen zeigt sich, dass unter den besonders jungen Befragten viele mit durchgehend hohem Vertrauen in Gewerkschaften auffallen, während der Anteil hier unter den Älteren unterdurchschnittlich ist. Die unter 26-Jährigen äußern hier signifikant häufiger durchgehend hohes Gewerkschaftsvertrauen als alle anderen älteren Altersgruppen. In zusätzlichen Analysen zeigt sich hier, dass dieses hohe Gewerkschaftsvertrauen unter den jüngsten Befragten auf die dort besonders große Zufriedenheit mit der Arbeit des Betriebsrats zurückzuführen ist.

Betrachtet man die Angaben zur Parteipräferenz der Befragten mit (Abbildung 7), so fällt auf, dass insbesondere Befragte, die SPD, Grüne, FDP oder die LINKE wählen, ein durchgehend hohes Gewerkschaftsvertrauen aufweisen. AfD-Wählende sowie Nichtwählende äußern hingegen nur relativ selten durchgehend hohes Vertrauen in Gewerkschaften.

Ebenfalls auffällig ist, dass Befragte, die auch eher höheres Vertrauen in andere Institutionen äußern, besonders häufig durchgehend hohes Vertrauen in Gewerkschaften zeigen. Insbesondere bei Befragten mit hohem Vertrauen in die Bundesregierung äußern auch relativ viele durchgehend hohes Vertrauen in Gewerkschaften. Hingegen ist der Anteil derjenigen mit durchgehend hohem Gewerkschaftsvertrauen besonders gering, die auch sonst eher geringes Institutionenvertrauen haben.

Abbildung 7: Anteil „durchgehend hoch“ – also derjenigen, die im April und November 2022 hohes Vertrauen äußerten, in den jeweiligen Gruppen Parteiwahl und sonstiges Institutionenvertrauen, Durchschnittswert aller Befragten: 11,3 Prozent
Angaben in Prozent



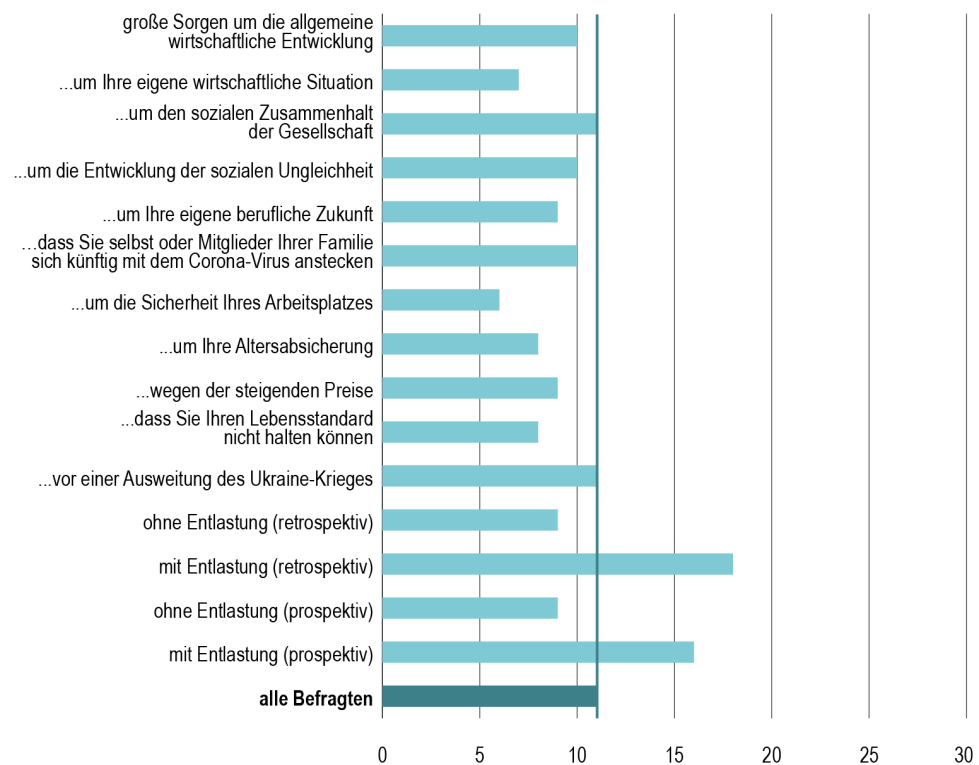
Quelle: Erwerbspersonenbefragung. Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren: (Gruppe „durchgehend hoch“, N=541). Signifikante Differenzen: SPD > AfD, Nichtwählende ***; Grüne > Nichtwählende ***; Vertrauen (vs. Gruppe ohne Vertrauen): Polizei ***; Gerichte ***; Bundeswehr ***; ör-Medien ***; Bundesregierung ***; höheres Institutionenvertrauen > geringeres Institutionenvertrauen ***.

WSI

Schaut man nun auf die Sorgen der Befragten (Abbildung 8), so fällt auf, dass Befragte mit durchgehend hohem Vertrauen in Gewerkschaften eher selten große Sorgen äußern – und zwar weitgehend unabhängig vom jeweiligen Inhalt und Thema der Sorgen. In besonderem Maße gilt dies für Sorgen um die Arbeitsplatzsicherheit und die eigene wirtschaftliche Situation. Befragte, die diesbezüglich große Sorgen haben, zeigen besonders selten hohes Vertrauen in Gewerkschaften. Aber auch Befragte mit großen Sorgen in anderen Bereichen, wie beispielsweise die Entwicklung der sozialen Ungleichheit oder die Altersabsicherung, haben seltener durchgehend hohes Vertrauen in Gewerkschaften als solche, die hier geringe oder keine Sorgen äußerten.

Auch die Einschätzung der Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung hängt mit dem Vertrauen in Gewerkschaften zusammen: Befragte, die eine eigene Entlastung durch die Maßnahmen angegeben haben, sind signifikant häufiger in der Gruppe mit durchgehend hohem Gewerkschaftsvertrauen anzufinden als Befragte, die keine Entlastung wahrgenommen haben oder erwarten (retrospektiv: 18 vs. neun Prozent, prospektiv: 17 vs. neun Prozent).

Abbildung 8: Anteil „durchgehend hoch“ – also derjenigen, die im April und November 2022 hohes Vertrauen äußerten, in den jeweiligen Gruppen Sorgen und Entlastungen, Durchschnittswert aller Befragten: 11,3 Prozent
Angaben in Prozent



Quelle: Erwerbspersonenbefragung. Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren: (Gruppe „durchgehend hoch“, N=541). Signifikante Differenzen (jeweils im Vergleich zur Gruppe „keine großen Sorgen in dem Bereich“): große Sorgen allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ***; ...eigene wirtschaftliche Situation ***; ...Entwicklung soz. Ungleichheit *; ...Arbeitsplatzsicherheit ***; ...Altersabsicherung ***; ...steigende Preise ***; ...Lebensstandard nicht halten können ***; mit > ohne Entlastung (retrospektiv) ***; mit > ohne Entlastung (prospektiv) ***.

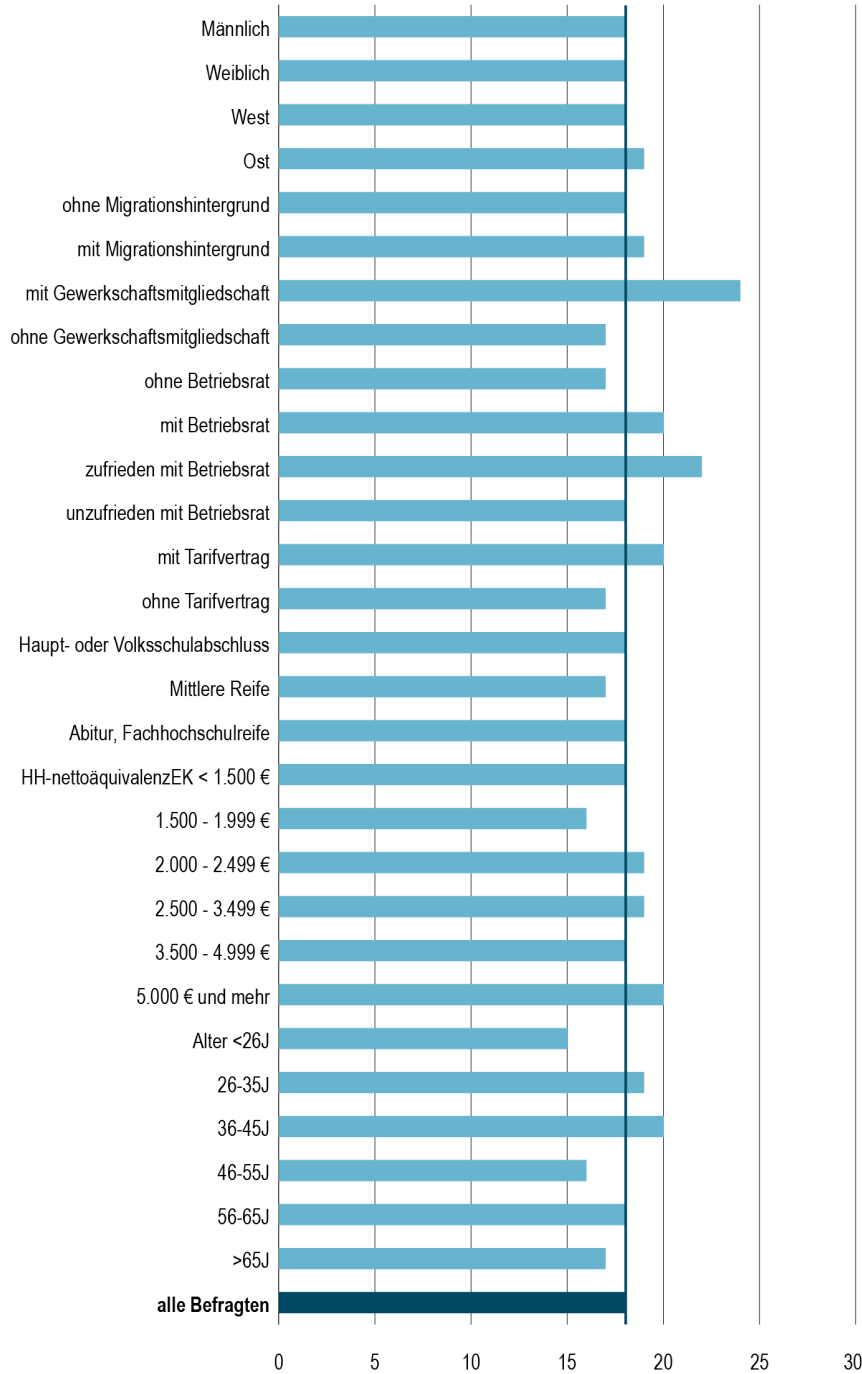
WSI

Als zweites schauen wir uns nun in Abbildung 9 die Befragten an, bei denen es zwischen April und November 2022 zu einem Anstieg des Vertrauens in Gewerkschaften kam (und zwar unabhängig vom aktuellen Vertrauensausmaß⁹). Dies betrifft 17,9 Prozent der Erwerbspersonen. Generell fällt auf, dass hier die soziodemographischen Gruppenzugehörigkeiten keine ganz so große Rolle spielen, wie bei der Gruppe mit durchgehend hohem Gewerkschaftsvertrauen. Dies ist ein Indikator dafür, dass Vertrauensanstiege nicht konzentriert auf einzelne soziodemographische Gruppe auftraten, sondern sich auf viele verschiedene Gruppen verteilten. Betrachtet man die Merkmale im Einzelnen, fallen erneut Gewerkschaftsmitglieder (24 Prozent), Befragte mit Betriebsrat (20 Prozent) sowie Befragte mit Tarifvertrag (20 Prozent) mit überdurchschnittlich hohen Werten auf. Auch Befragte, die mit der Arbeit ihres Betriebsrats zufrieden sind, finden sich in dieser Gruppe häufiger wieder als Befragte, die mit der Arbeit ihres Betriebsrats unzufrieden sind, jedoch ist diese Differenz statistisch nicht signifikant.

⁹ Das bedeutet, hier sind sowohl diejenigen Befragten erfasst, bei denen es zu einem Anstieg des Gewerkschaftsvertrauens von „niedrig“ auf „mittel“ als auch diejenigen, bei denen es zu einem Anstieg von „mittel“ auf „hoch“ kam.

Entsprechend kam es überdurchschnittlich häufig zu einem Vertrauensanstieg unter Befragten, die Gewerkschaftsmitglied sind, einen Betriebsrat und/oder einen Tarifvertrag haben.

Abbildung 9: Anteil „Vertrauensanstieg“ – also derjenigen, die im November ein höheres Vertrauen als im April 2022 äußerten, in den jeweiligen soziodemographischen Gruppen, Durchschnittswert aller Befragten: 17,9 Prozent
Angaben in Prozent



Quelle: Erwerbspersonenbefragung. Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren: (Gruppe „Vertrauensanstieg“, N=921). Signifikante Differenzen: mit > ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft ***; mit > ohne Betriebsrat **; mit > ohne Tarifvertrag *.

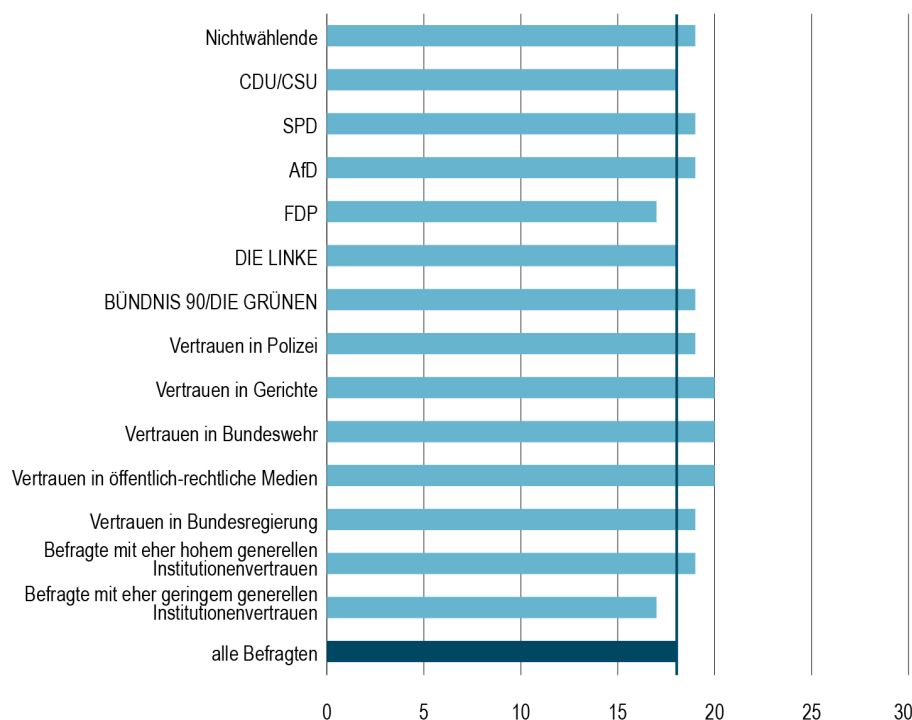
Bezüglich der Soziodemographie sind die Differenzen der verschiedenen Gruppen insgesamt nur marginal, sodass es unter Frauen wie Männern und Menschen mit höherer und niedrigerer Schulbildung zu Vertrauensanstiegen in ähnlichem Ausmaß kam. Zwar fallen hier auch Befragte mit Migrationshintergrund etwas häufiger mit Vertrauensanstiegen auf – vor allem unter Befragten mit Migrationshintergrund und Betriebsrat – diese Differenz ist jedoch insgesamt statistisch nicht signifikant. Ähnliches gilt für die Einkommensgruppen: Zwar sind beispielsweise unter den Befragten mit Vertrauensanstieg Personen mit Nettoäquivalenzeinkommen zwischen 2.000 und 3.500 Euro leicht über- und Befragte mit den niedrigsten Einkommen unter 2.000 Euro unterrepräsentiert, jedoch sind auch diese Differenzen statistisch nicht signifikant. Interessant sind hier zudem die leicht erhöhten Werte für Erwerbspersonen in Ostdeutschland (vgl. auch Abbildung A1 im Anhang). Dass überdurchschnittlich viele Befragte aus Ostdeutschland mit einem Vertrauensanstieg auffallen, geht in erheblichem Ausmaß auf Befragte mit Betriebsrat zurück, von denen dort 27 Prozent von einem Vertrauensanstieg berichteten. Anders formuliert: Ostdeutsche mit Betriebsrat gewannen zwischen April 2022 und November 2022 besonders häufig an Vertrauen in die Gewerkschaften.

Bezüglich der Parteipräferenz (Abbildung 10) zeigt sich, dass ein Vertrauensanstieg in Gewerkschaften bei Wählenden aller Parteien ähnlich weit verbreitet ist – selbst unter AfD-Wählenden. Auch unter Befragten, die angaben, dass sie nicht wählen würden, ist ein Vertrauensanstieg in Gewerkschaften zu verzeichnen, der in etwa auf dem Niveau des Durchschnitts liegt.

Vertrauensanstiege in Gewerkschaften lassen sich zudem etwas häufiger – wenn auch nicht statistisch signifikant häufiger – bei Befragten aufweisen, die auch sonst höheres Vertrauen in Institutionen aufweisen. Vertrauensanstiege in Gewerkschaften sind also auch unter Befragten mit ansonsten eher geringerem Institutionenvertrauen nahezu ähnlich weit verbreitet wie unter dem Durchschnitt der Befragten.

Abbildung 10: Anteil „Vertrauensanstieg“ – also derjenigen, die im November ein höheres Vertrauen als im April 2022 äußerten, in den jeweiligen Gruppen Parteiwahl und sonstiges Institutionenvertrauen, Durchschnittswert aller Befragten: 17,9 Prozent

Angaben in Prozent



Quelle: Erwerbspersonenbefragung. Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren: (Gruppe „Vertrauensanstieg“, N=921). Signifikante Differenzen: Vertrauen (vs. Gruppe ohne Vertrauen): Gerichte ***.

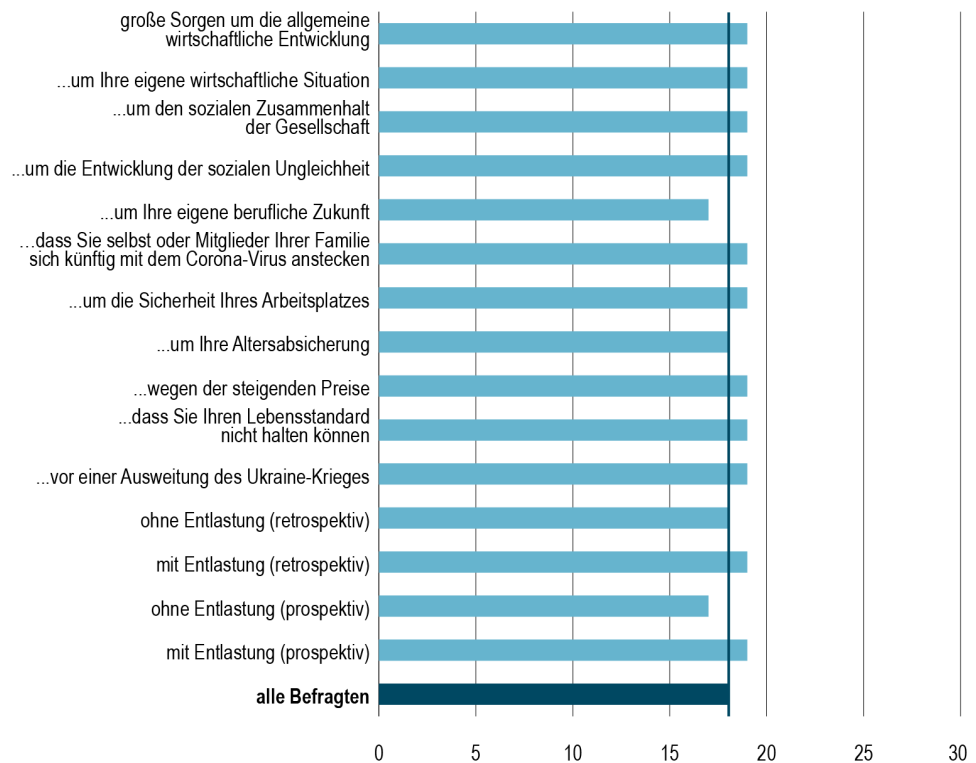
WSI

Schaut man auf die Verteilungen der Sorgen unter den Befragten, bei denen es zu einem Vertrauensanstieg in Gewerkschaften gekommen ist, so zeigt sich, dass der Anstieg auch bei Befragten mit großen Sorgen in verschiedenen Themen stattgefunden hat (Abbildung 11). Unter Befragten mit großen Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und um die Entwicklung der sozialen Ungleichheit kam es sogar signifikant häufiger zu Vertrauensanstiegen in Gewerkschaften als unter Befragten, die in diesen Bereichen keine großen Sorgen äußerten.

Die Frage, ob man eine Entlastung durch die Entlastungspakete der Bundesregierung wahrgenommen hat oder noch erwartet, spielt hier eine untergeordnete Rolle. Zwar sind unter denen, die von Entlastungen berichten – und stärker noch unter denen, die Entlastungen zukünftig erwarten – anteilig mehr Befragte, bei denen es zu einem Anstieg des Vertrauens in Gewerkschaften kam als unter denen, die von keinen Entlastungen berichten, jedoch ist diese Differenz nur gering und statistisch nicht signifikant.

Abbildung 11: Anteil „Vertrauensanstieg“ – also derjenigen, die im November ein höheres Vertrauen als im April 2022 äußerten, in den jeweiligen Gruppen Sorgen und Entlastungen, Durchschnittswert aller Befragten: 17,9 Prozent

Angaben in Prozent



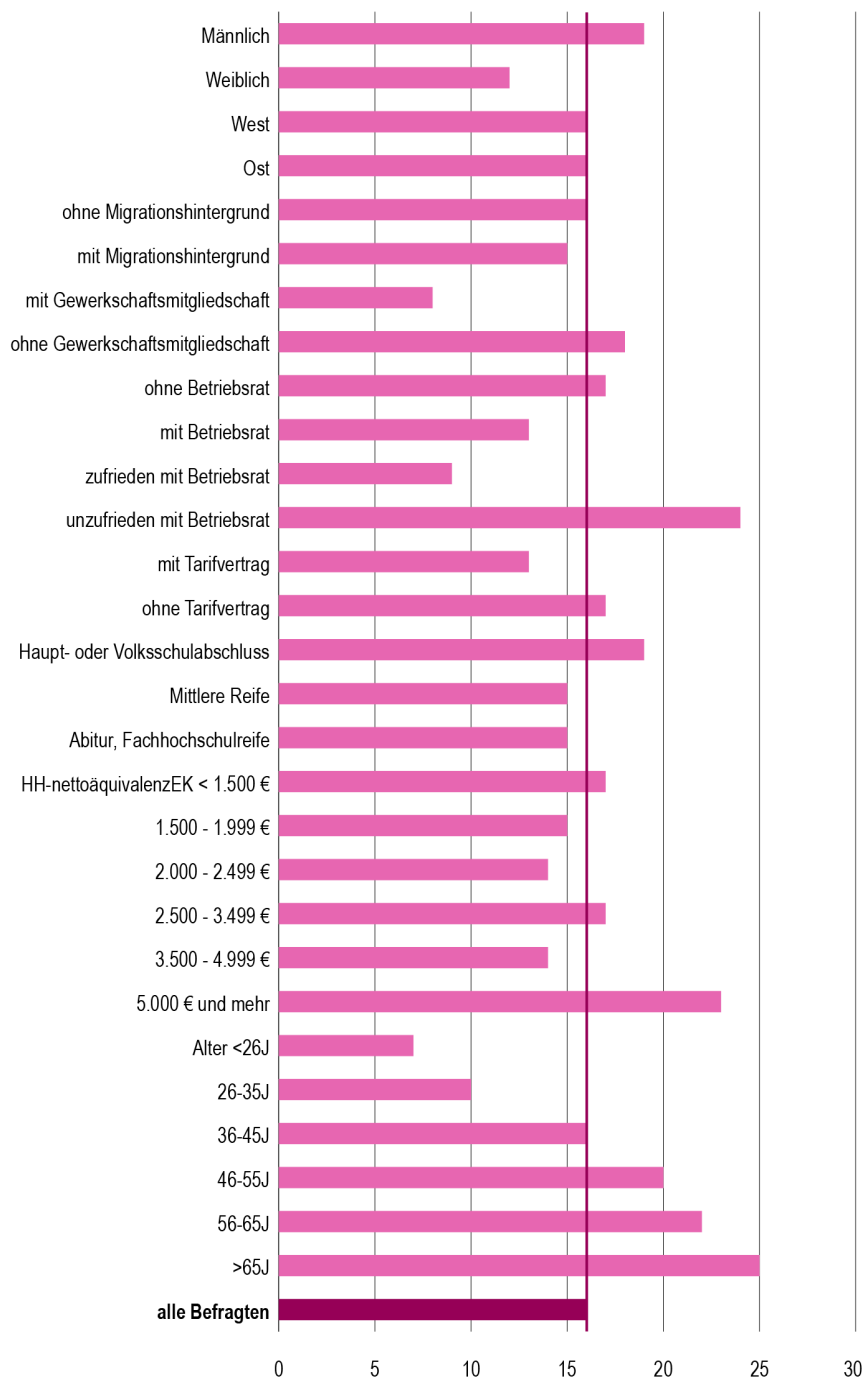
Quelle: Erwerbspersonenbefragung. Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren: (Gruppe „Vertrauensanstieg“, N=921). Signifikante Differenzen (jeweils im Vergleich zur Gruppe „keine großen Sorgen in dem Bereich“): große Sorgen allgemeine wirtschaftliche Entwicklung*; ...Entwicklung soz. Ungleichheit*.

WSI

4.2.2 Wer hatte durchgehend geringes Vertrauen und wer hat Vertrauen verloren?

Als dritte Gruppe fokussieren wir nun auf diejenigen Befragten, die im April und November 2022 ein geringes Vertrauen in Gewerkschaften geäußert haben – also zu beiden Zeitpunkten „wenig“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen angegeben haben (vgl. Abbildung 12). Dies sind 16,1 Prozent der Erwerbspersonen. Besonders selten finden sich hier Befragte mit Betriebsrat (13 Prozent) und/oder Tarifvertrag (13 Prozent) und vor allem auch Befragte, die mit der Arbeit ihres Betriebsrats zufrieden sind (neun Prozent) sowie Gewerkschaftsmitglieder (acht Prozent). Befragte mit diesen Eigenschaften gaben signifikant seltener durchgehend niedriges Vertrauen in Gewerkschaften an als Befragte ohne Betriebsrat, ohne Tarifvertrag, ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft und Befragte, die unzufrieden mit der Arbeit ihres Betriebsrats sind.

Abbildung 12: Anteil „durchgehend niedrig“ – also derjenigen, die im April und November 2022 niedriges Vertrauen äußerten, in den jeweiligen soziodemographischen Gruppen, Durchschnittswert aller Befragten: 16,1 Prozent
Angaben in Prozent



Quelle: Erwerbspersonenbefragung. Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren: (Gruppe „durchgehend niedrig“, N=982). Signifikante Differenzen: Männer > Frauen***; ohne > mit Gewerkschaftsmitgliedschaft ***; ohne > mit Betriebsrat ***; unzufrieden > zufrieden mit Betriebsratsarbeit ***; ohne > mit Tarifvertrag ***; Haupt-/Volksschulabschluss > Mittlere Reife & Abitur ***; Ü5.000 € > alle anderen ***; Ü56 > U45 ***; Ü36 > U35 ***.

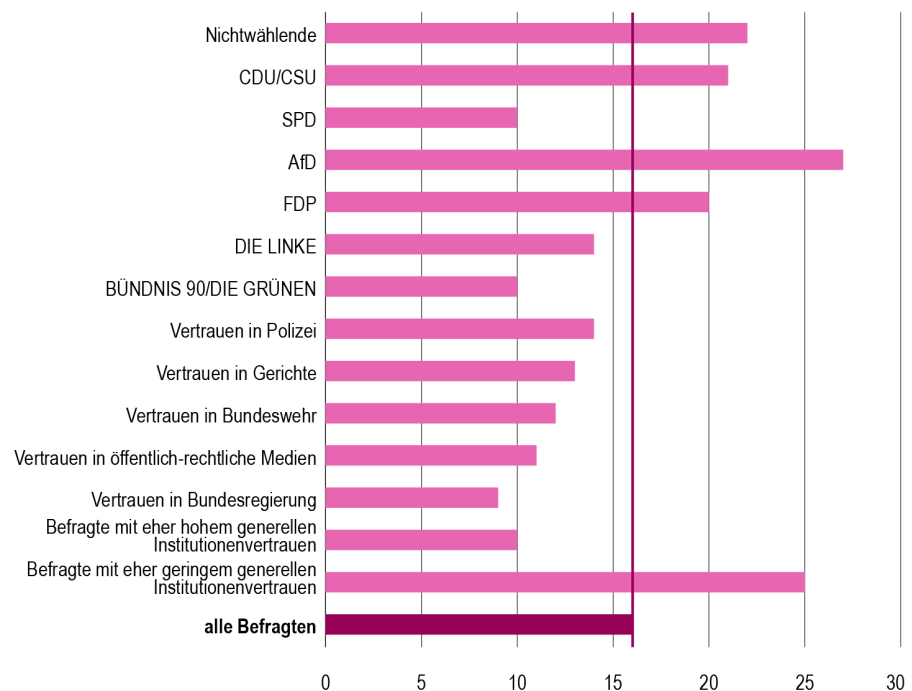


Bezüglich soziodemographischer Merkmale sind hier vor allem Männer, Befragte mit Haupt- oder Volksschulabschluss sowie Befragte mit sehr hohen Einkommen signifikant häufiger vertreten als Frauen, Befragte mit höheren Schulabschlüssen und Befragte, die nicht höchste Einkommen aufweisen. Besonders deutlich sind zudem die Differenzen bezüglich der Altersgruppen. Während junge Befragte sehr selten vertreten sind, sind unter den über 46-Jährigen besonders viele, die durchgehend niedriges Vertrauen in Gewerkschaften äußern. Unter den Älteren sind es insbesondere Befragte mit höheren Einkommen, die besonders häufig durchgehend niedriges Vertrauen in Gewerkschaften äußern.

In Abbildung 13 wird ersichtlich, dass durchgehend niedriges Gewerkschaftsvertrauen zudem besonders häufig unter AfD-Wählenden und Nichtwählenden (27 beziehungsweise 22 Prozent), aber auch überdurchschnittlich häufig unter Wählenden der Union (21 Prozent) oder der FDP (20 Prozent) auftritt. Mit ca. zehn Prozent ist das Vertrauen in Gewerkschaften unter Wählenden der SPD und der Grünen besonders selten durchgehend niedrig.

Abbildung 13 zeigt zudem, dass Befragte, die auch ein eher geringes Vertrauen in andere Institutionen äußern, besonders häufig mit durchgehend niedrigem Gewerkschaftsvertrauen auffallen. Insbesondere Befragte mit hohem oder sehr hohem Vertrauen in die Bundesregierung sind selten in dieser Gruppe zu finden.

Abbildung 13: Anteil „durchgehend niedrig“ – also derjenigen, die im April und November 2022 niedriges Vertrauen äußerten, in den jeweiligen Gruppen Parteiwahl und sonstiges Institutionenvertrauen, Durchschnittswert aller Befragten: 16,1 Prozent
Angaben in Prozent

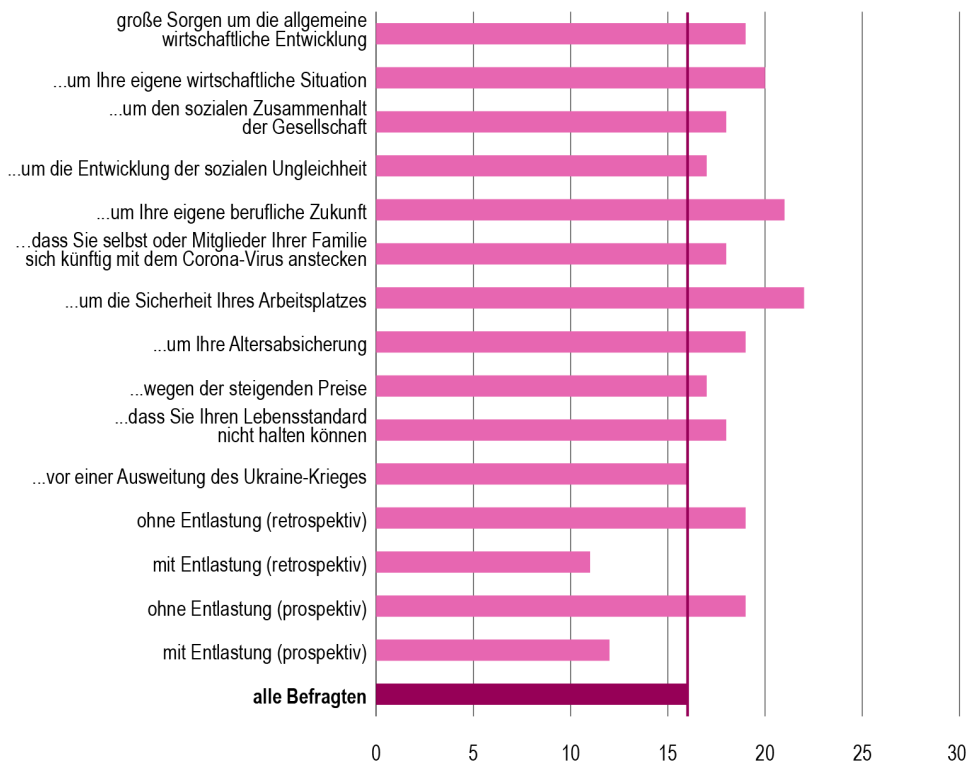


Quelle: Erwerbspersonenbefragung. Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren: (Gruppe „durchgehend niedrig“, N=982). Signifikante Differenzen: AfD > Grüne, SPD ***; Vertrauen (vs. Gruppe ohne Vertrauen): Polizei ***; Gerichte ***; Bundeswehr ***; ör-Medien ***; Bundesregierung ***; geringeres Institutionenvertrauen > höheres Institutionenvertrauen ***.

Betrachtet man für die Befragten mit durchgehend niedrigem Gewerkschaftsvertrauen, wie häufig Befragte mit großen Sorgen hier anzutreffen sind, lässt sich generell ein erhöhter Anteil an Befragten mit großen Sorgen auffinden (Abbildung 14). Dies gilt v.a. für Befragte mit großen Sorgen um die Arbeitsplatzsicherheit (22 Prozent), um die berufliche Zukunft (21 Prozent) und um die eigene wirtschaftliche Situation (20 Prozent). Aber auch Befragte mit großen Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, um den sozialen Zusammenhalt, um die Altersabsicherung und darum, dass man den eigenen Lebensstandard nicht halten kann, sind statistisch signifikant häufiger in dieser Gruppe der Befragten mit durchgehend niedrigem Gewerkschaftsvertrauen vertreten als Befragte, die in diesen Bereichen keine großen Sorgen äußerten.

Die Einschätzung der Entlastungsmaßnahmen ist hier ebenfalls eng verknüpft: Unter Befragten mit durchgehend niedrigem Gewerkschaftsvertrauen sind signifikant häufiger Befragte vertreten, die keine Entlastungen wahrnehmen als Befragte, die Entlastungen wahrnehmen (retrospektiv: 18,7 vs. 10,8 Prozent; prospektiv: 19,1 vs. 11,8 Prozent).

Abbildung 14: Anteil „durchgehend niedrig“ – also derjenigen, die im April und November 2022 niedriges Vertrauen äußerten, in den jeweiligen Gruppen Sorgen und Entlastungen, Durchschnittswert aller Befragten: 16,1 Prozent
Angaben in Prozent



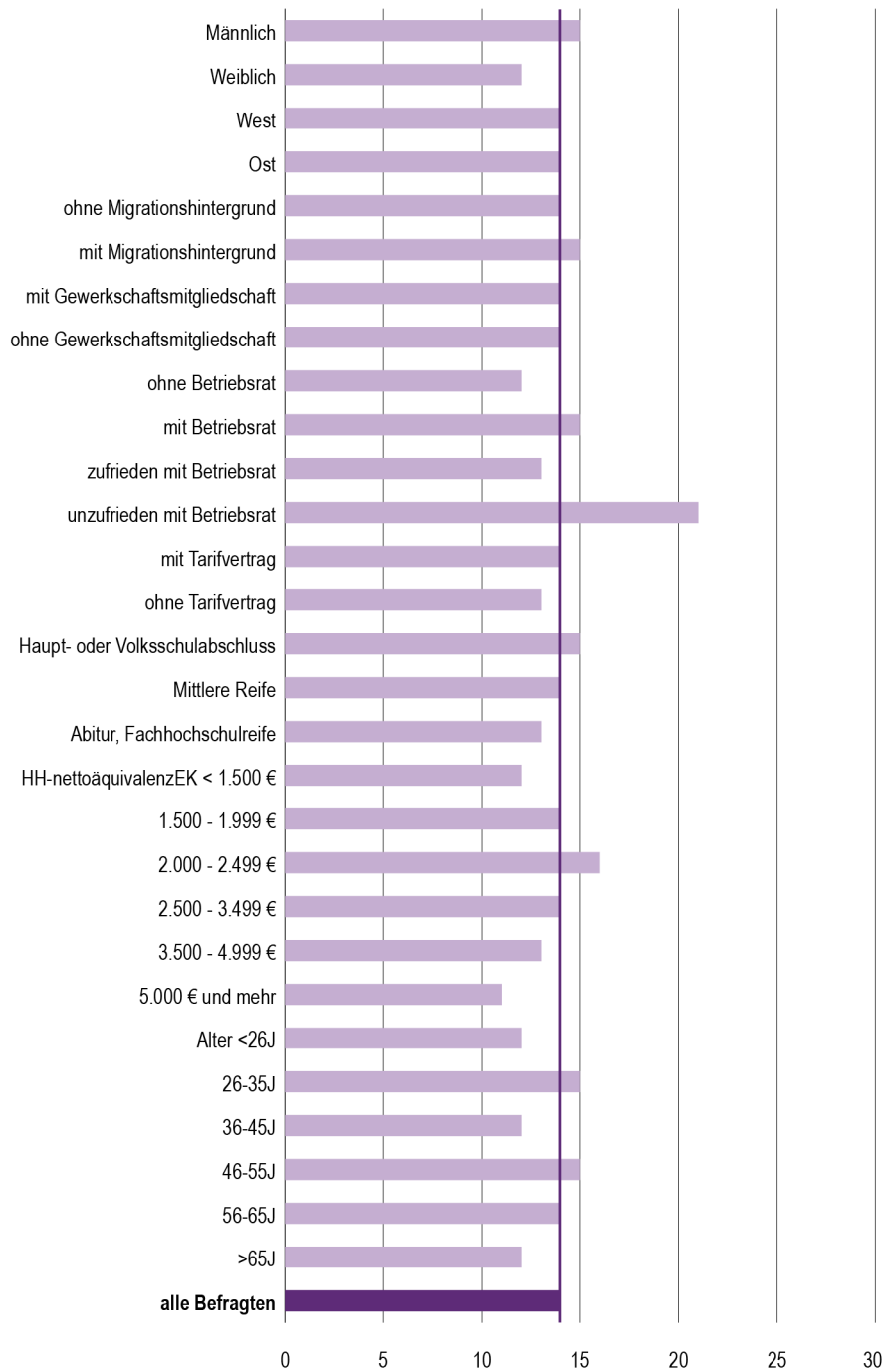
Quelle: Erwerbspersonenbefragung. Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren: (Gruppe „durchgehend niedrig“, N=982). Signifikante Differenzen (jeweils im Vergleich zur Gruppe „keine großen Sorgen in dem Bereich“): große Sorgen allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ***; ...eigene wirtschaftliche Situation ***; ...sozialen Zusammenhalt ***; ...eigene berufliche Zukunft ***; ...Arbeitsplatzsicherheit ***; ... Altersabsicherung ***; ...Lebensstandard nicht halten können **; ohne > mit Entlastung (retrospektiv) ***; ohne > mit Entlastung (prospektiv) ***.



Abschließend fokussieren wir mit der vierten Gruppe auf diejenigen, bei denen es zuletzt zu einem Rückgang des Vertrauens in Gewerkschaften kam (und zwar erneut unabhängig vom jetzigen Vertrauensausmaß). Dies sind 13,6 Prozent der Erwerbstätigen (Abbildung 15). Ähnlich wie bei Befragten, bei denen es zu einem Vertrauensanstieg kam, sind auch hier die Differenzen zwischen den betrachteten Gruppen eher klein, sodass sich die Befragten mit Vertrauensrückgängen relativ gleichmäßig auf die verschiedenen soziodemographischen Gruppen verteilen. Während hier keine Differenzen zwischen Befragten mit und ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft und mit und ohne Tarifvertrag hervortreten, sind Befragte mit Betriebsrat hier signifikant häufiger vertreten als Befragte ohne Betriebsrat. Dies hat vor allem damit zu tun, dass hier der Anteil der Befragten, die mit der Arbeit ihres Betriebsrats unzufrieden sind (21 Prozent), besonders hoch ist. Anders formuliert: Wer mit der Arbeit des Betriebsrats unzufrieden ist, äußert auch besonders häufig Vertrauensrückgänge in Gewerkschaften.

Bezüglich der soziodemographischen Merkmale fällt auf, dass hier erneut Männer (15 Prozent) signifikant häufiger als Frauen (zwölf Prozent) vertreten sind. Der niedrigere Wert der Frauen geht zu einem großen Teil auf die besonders seltenen Vertrauensrückgänge von Frauen ohne Betriebsrat zurück (neun Prozent). Des Weiteren sind in dieser Gruppe der Befragten mit Vertrauensrückgängen etwas überdurchschnittlich häufig Befragte mit geringeren Haushaltseinkommen von 2.000 bis 2.500 Euro und unterdurchschnittlich häufig Befragte mit den höchsten Einkommen aufzufinden. Bezüglich der Schulbildung, Ost/West (vgl. Abbildung A1) und des Migrationshintergrundes zeigen sich hier kaum belastbare Differenzen. Keine signifikanten Differenzen zeigen sich zudem für die verschiedenen Altersgruppen, auch wenn ein Vertrauensrückgang unter den jüngsten Befragten (unter 26 Jahren) leicht unterdurchschnittlich häufig auftritt.

Abbildung 15: Anteil „Vertrauensrückgang“ – also derjenigen, die im November ein niedrigeres Vertrauen als im April 2022 äußerten, in den jeweiligen soziodemographischen Gruppen, Durchschnittswert aller Befragten: 13,6 Prozent
Angaben in Prozent

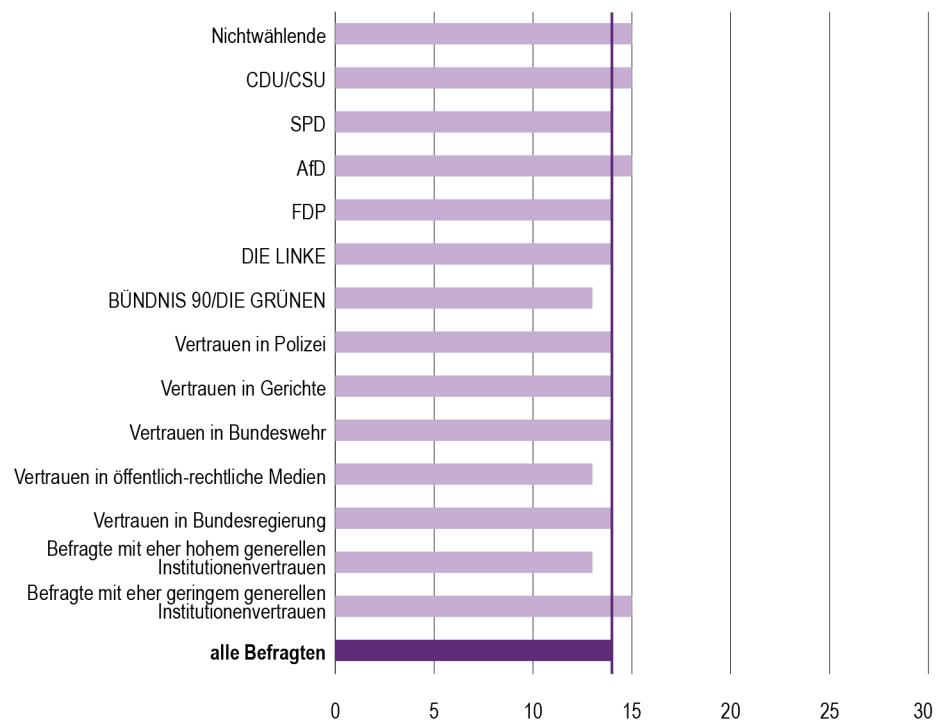


Quelle: Erwerbspersonenbefragung. Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren: (Gruppe „Vertrauensrückgang“, N=703). Signifikante Differenzen: Männer > Frauen***; mit > ohne Betriebsrat ***; unzufrieden > zufrieden mit Betriebsratsarbeit ***; 2.000-2.499 € > Ü5.000 € ***.

WSI

Vertrauensrückgänge zeigen sich zudem bei Wählenden aller größeren Parteien sowie unter Nichtwählenden ähnlich weit verbreitet (Abbildung 16). Auch die Betrachtung des sonstigen Institutionenvertrauens offenbart hier kaum Differenzen. Minimal sind Befragte, die auch eher geringes Vertrauen in andere Institutionen äußern, hier unter denen mit Vertrauensrückgang überrepräsentiert – jedoch ist dies auch nicht statistisch signifikant.

Abbildung 16: Anteil „Vertrauensrückgang“ – also derjenigen, die im November ein niedrigeres Vertrauen als im April 2022 äußerten, in den jeweiligen Gruppen Parteiwahl und sonstiges Institutionenvertrauen, Durchschnittswert aller Befragten: 13,6 Prozent
Angaben in Prozent

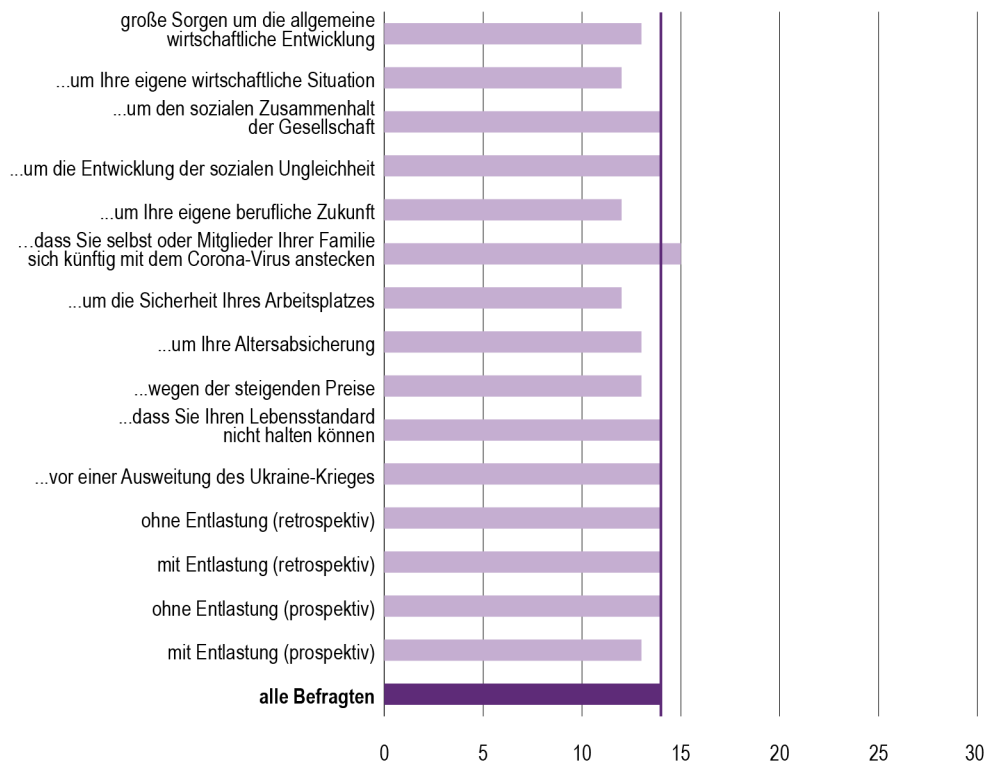


Quelle: Erwerbspersonenbefragung. Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren: (Gruppe „Vertrauensrückgang“, N=703). Signifikante Differenzen: -.

WSI

Die Befunde zur Verteilung der Befragten mit großen Sorgen in dieser Gruppe der Befragten mit Vertrauensrückgang in Gewerkschaften sind weitestgehend nicht signifikant (Abbildung 17). Lediglich Befragte mit großen Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Situation sind hier signifikant seltener vertreten als Befragte, die hier von weniger Sorgen berichten. Auch bezüglich der Entlastungswahrnehmung zeigen sich für diese Gruppe keine nennenswerten Differenzen.

Abbildung 17: Anteil „Vertrauensrückgang“ – also derjenigen, die im November ein niedrigeres Vertrauen als im April 2022 äußerten, in den jeweiligen Gruppen Sorgen und Entlastungen, Durchschnittswert aller Befragten: 13,6 Prozent
Angaben in Prozent



Quelle: Erwerbspersonenbefragung. Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren: (Gruppe „Vertrauensrückgang“, N=703). Signifikante Differenzen (jeweils im Vergleich zur Gruppe „keine großen Sorgen in dem Bereich“): große Sorgen eigene wirtschaftliche Situation *.



5 Zusammenfassung und Fazit

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine setzte die durch die Corona-Pandemie ohnehin schon erschöpfte Gesellschaft zusätzlich unter enormen Druck, wie zum Beispiel der Anstieg der finanziellen Sorgen belegt. Die gesellschaftliche Erschütterung, die mit dem Ausbruch des Krieges einherging, verdeutlicht sich auch in einem Rückgang des Institutionenvertrauens, welches im April 2022 im Vergleich zu November 2021 bei allen Institutionen ersichtlich wird, wenngleich auch in unterschiedlichem Ausmaß. Vor allem den Gewerkschaften gelang es dann aber, das in sie gesteckte Vertrauen in der Zeit bis November 2022 wieder zu konsolidieren. Sie sind die einzige von uns erhobene Institution, die zu diesem Zeitpunkt wieder Vertrauenswerte des Niveaus von November 2021 erreichen konnte. Eine detaillierte Analyse des Gewerkschaftsvertrauens zeigt, dass knapp die Hälfte der Befragten zwischen April und November 2022 weder von Zuwächsen noch von Rückgängen im Gewerkschaftsvertrauen berichtete. Bei 18 Prozent kam es zum Vertrauensanstieg und bei 14 Prozent zum Rückgang. Wir haben in detaillierten Analysen untersucht, bei welchen Gruppen Gewerkschaften Vertrauen zurückgewinnen konnten. Folgende Merkmale waren hier besonders relevant:

Nähe zur gewerkschaftlichen Arbeit

Die Befunde zeigen, dass Befragte, die einen engeren Bezug zu Gewerkschaften haben – also beispielsweise selbst Gewerkschaftsmitglied sind oder an ihrer Arbeit einen Betriebsrat haben – auch positivere Vertrauenswerte in Gewerkschaften äußern. Hier ist zum einen die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft hervorzuheben, da Gewerkschaftsmitglieder deutlich häufiger durchgehend hohes Vertrauen haben, aber auch von Vertrauensanstiegen berichten, als Befragte, die nicht Mitglied in einer Gewerkschaft sind. Zum anderen äußern Befragte mit Betriebsrat oder mit Tarifvertrag besonders häufig durchgehend hohes Vertrauen oder Vertrauensanstiege in Gewerkschaften und Befragte ohne Betriebsrat besonders häufig durchgehend niedriges Vertrauen oder Vertrauensrückgänge in Gewerkschaften. Bemerkenswert ist jedoch, dass auch die Qualität der Erfahrung mit der gewerkschaftlichen Arbeit eine Rolle spielt: Als besonders relevant für das Vertrauen in Gewerkschaften erweist sich bei Befragten mit Betriebsrat, wie die Arbeit des Betriebsrats eingeschätzt wird. Während diejenigen, die mit der Arbeit des Betriebsrats unzufrieden sind, besonders häufig durchgehend niedriges Vertrauen haben oder von Vertrauensrückgängen berichten, äußern zufriedene Befragte besonders häufig durchgehend hohes Vertrauen oder Vertrauensanstiege.

Institutionenvertrauen

Gewerkschaftsvertrauen geht zudem stark mit Vertrauen in andere Institutionen einher. Es kommt eher selten vor, dass Befragte Gewerkschaften vertrauen, während sie anderen Institutionen nicht mehr vertrauen. Ebenso ist es andersherum auch selten, dass Befragte Gewerkschaften nicht vertrauen, während sie in andere Institutionen noch Vertrauen haben. Es zeigen sich zudem auch für Gewerkschaften überdurchschnittlich häufig Vertrauensrückgänge bei Befragten, die auch sonst kaum Vertrauen in Institutionen haben, während Vertrauensgewinne bei Befragten auftreten, die auch anderen Institutionen vertrauen. Dies spricht dafür, dass Gewerkschaftsvertrauen mit einer grundsätzlichen Akzeptanz des politischen Systems einhergeht.

Parteienpräferenz

Ein recht klares Bild zeichnen auch die Analysen zur Parteiwahl: Während sich einerseits deutlich zeigt, dass Gewerkschaften besonders häufig hohes Vertrauen unter Wählenden von SPD, Grünen, die LINKE und auch der FDP genießen, ist das Vertrauen unter AfD-Wählenden und Nichtwählenden besonders häufig gering ausgeprägt. Einerseits fällt das Gewerkschaftsvertrauen somit häufig mit einer Präferenz für eher progressive Parteien zusammen. Andererseits ist es auch ein Indikator für ein grundsätzliches Vertrauen in das politische System, das sich in der Entscheidung, sich überhaupt an demokratischen Wahlen zu beteiligen, ausdrückt. Diejenigen, die sich bereits „vom System verabschiedet haben“ und gar nicht mehr zur Wahl gehen, zeichnen sich hingegen durch ein eher geringes Vertrauen aus. Bemerkenswert ist jedoch, dass Vertrauensanstiege in Gewerkschaften bei allen Gruppen – auch bei Nichtwähler*innen und AfD-Wähler*innen – zu verzeichnen sind. Dieser Befund steht in einem gewissen Gegensatz zu den Analysen des Institutionenvertrauens und kann so interpretiert werden, dass Gewerkschaften zumindest teilweise das Potenzial haben, auch jenen Gruppierungen ein überzeugendes Angebot zu machen, die dem politischen und demokratischen System sonst eher skeptisch gegenüberstehen.

Sorgen

Die Berücksichtigung der Sorgen der Befragten bei der Analyse des Gewerkschaftsvertrauens zeigt vor allem, dass Befragte mit großen Sorgen häufiger durchgehend geringes Vertrauen und seltener durchgehend hohes Vertrauen in Gewerkschaften äußern. Zudem werden überdurchschnittlich häufig Vertrauenszugewinne in Gewerkschaften bei Befragten mit großen Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Situation und die Entwicklung der sozialen Ungleichheit ersichtlich. Offenbar wurden die Gewerkschaften zuletzt von einigen als ein gesellschaftlicher Akteur wahrgenommen, der das Problem der sozialen Gerechtigkeit in angemessener Form adressiert.

Entlastungswahrnehmungen

Auch die Einschätzungen der Entlastungswahrnehmung spielen eine Rolle für das Gewerkschaftsvertrauen, da diejenigen, die von empfundenen Entlastungen berichten oder sich von den Maßnahmen weitere Entlastungen erhoffen, deutlich häufiger unter den Befragten mit durchgehend hohem und deutlich seltener unter den Befragten mit durchgehend niedrigem Gewerkschaftsvertrauen zu finden sind. Ob Entlastungen wahrgenommen werden oder nicht, zeigt sich also durchaus verknüpft mit dem Vertrauen in Gewerkschaften. Jedoch zeigen sich hier für die Vertrauensanstiege oder -rückgänge keine Differenzen. Wenn man also untersuchen möchte, ob die erlebten oder künftig erwarteten Entlastungen mit einer Vertrauensänderung einhergingen oder gar zu einer Vertrauensänderung geführt haben, wäre dies anhand der vorliegenden Ergebnisse eher zu verneinen.

Soziodemographische Merkmale

Befragte mit hoher Schulbildung sind unter den Befragten mit durchgehend hohem Vertrauen überrepräsentiert, analog dazu sind Befragte mit niedriger Schulbildung unter den Befragten mit durchgehend niedrigem Gewerkschaftsvertrauen überrepräsentiert. Beim Vertrauensanstieg lassen sich jedoch keine Unterschiede zwischen verschiedenen Bildungsgruppen feststellen. Die Befunde bezüglich der Einkommensgruppen sind nicht ganz so einheitlich. Befragte mit einem mittleren und hohen Einkommen zeigen besonders häufig ein durchgehend hohes Vertrauen in Gewerkschaften. Analog hierzu sind unter den Befragten mit durchgehend niedrigem Gewerkschaftsvertrauen besonders häufig Befragte mit den höchsten Einkommen zu finden. Vertrauensanstiege und -rückgänge sind jedoch relativ gleichmäßig über die verschiedenen Einkommensgruppen verteilt. Ost-West-Differenzen fallen lediglich beim Vertrauensanstieg ins Auge, da hier überdurchschnittlich viele Befragte aus Ostdeutschland vertreten sind. Dies geht in erheblichem Ausmaß auf Befragte mit Betriebsrat zurück, von denen besonders viele von einem Vertrauensanstieg berichteten. Darüber hinaus haben jüngere Menschen häufiger ein hohes Gewerkschaftsvertrauen. Zudem fällt auf, dass Männer stärker polarisierende Vertrauenswerte äußern, da sie sowohl unter den Befragten mit durchgehend niedrigem, durchgehend hohem als auch bei denen mit Vertrauensrückgang überdurchschnittlich häufig vertreten sind. Frauen hingegen äußern beim Gewerkschaftsvertrauen deutlich häufiger keine Meinung („weiß nicht“) oder durchgehend mittleres Vertrauen.

Ausgangspunkt der Analysen war die Frage, ob und unter welchen Bedingungen Gewerkschaften in einer durch multiple Krisen erschöpften Gesellschaft an Vertrauen gewinnen können. Da frühere Analysen gezeigt haben, dass Belastungen und Sorgen tendenziell mit Vertrauensverlusten in staatliche und gesellschaftliche Institutionen einhergehen, verbindet sich damit auch die Frage, ob sie gerade in Krisenzeiten eine stabilisierende Funktion einnehmen können. Diese Frage kann anhand der vorliegenden Analysen nicht kausal beantwortet werden. Generell korreliert das Gewerkschaftsvertrauen mit dem Vertrauen in staatliche und gesellschaftliche Institutionen. Häufig ist dies bei Menschen ausgeprägter, die zum Beispiel im Hinblick auf Einkommen und Bildung auf größere Ressourcen zurückgreifen können und/oder sich stärker von politischen Interventionen (in diesem Fall den

beschlossenen Entlastungsmaßnahmen) adressiert fühlen. In diesem Zusammenhang ist es auffällig, dass Gewerkschaften auch bei Gruppen, die dem demokratischen System häufig eher skeptisch gegenüberstehen (z. B. Nichtwähler*innen, AfD-Wähler*innen), zuletzt an Vertrauen gewinnen konnten.

Zusammenfassend können die Befunde somit dahingehend interpretativ verdichtet werden, dass Gewerkschaften im Zeitraum zwischen April und November 2022 auch jene Personen ansprechen konnten, die sich womöglich nicht als Teil oder am Rande der Gesellschaft stehend wahrnahmen oder die sich große Sorgen um die soziale Ungleichheit machten. Dies schien vor allem dann der Fall gewesen zu sein, wenn es direkte und positive Erfahrungen mit Gewerkschaftsarbeit gab, zum Beispiel durch das Vorhandensein eines Betriebsrates. Diese Interpretation muss sicherlich durch weitere empirische Analysen geprüft werden. Die vorliegenden Ergebnisse weisen aber darauf hin, dass Gewerkschaften in Krisenzeiten ein stabilisierender Faktor sein können.

Literatur

Andresen, S./Heyer, L./Lips, A./Rusack, T./ Schröer, W./Thomas, S./Wilmes, J. (2021): Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie – Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe, Gütersloh, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/das-leben-von-jungen-menschen-in-der-corona-pandemie-1>

Behringer, J./Dullien, S. (2022): Energiepreisschock: Besonders Geringverdiener wollen Konsum deutlich einschränken. Ergebnisse aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 125, Juni 2022, Düsseldorf, https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008342

Behringer, J./Dullien, S. (2023): Entlastungspakete und Energiepreisbremse stabilisieren Konsum in Deutschland. Ergebnisse aus der IMK-Energiepreisbefragung. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 145, Februar 2023, Düsseldorf, https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008529

Behringer, J./Dullien, S./Tober, S. (2022): Menschen in Deutschland nehmen Entlastungspakete I und II nur begrenzt wahr. Ergebnisse aus der IMK-Energiepreisbefragung. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 131, September 2022, Düsseldorf, https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008390

Dullien, S./Tober, S. (2023): IMK Inflationsmonitor. Deutliche Inflationsunterschiede zwischen Arm und Reich im Jahr 2022. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 144, Januar 2023, Düsseldorf, https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008517

Emmler, H. (2022): HBS-Erwerbspersonenbefragung, Welle VIII: Fragebogen und Codebuch. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Datenreport 02/2022, Düsseldorf, https://www.wsi.de/data/wsi_datenreport_2_2022_epb_welle_8.pdf

Hövermann, A. (2021): Belastungswahrnehmung in der Corona-Pandemie. Erkenntnisse aus vier Wellen der HBS-Erwerbspersonenbefragung 2020/21. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 50, März 2021, Düsseldorf, <https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-007967>

Hövermann, A. (2022): Verschwörungsdenken und die Abwertung Ukraine-Geflüchteter in der sich zuspitzenden Energiekrise – Analysen anhand des Erwerbspersonenpanels der Hans-Böckler-Stiftung. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 78, September 2022, Düsseldorf, https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=9643

Hövermann, A./Kohlrausch, B. (2022): Der Vertrauensverlust der Mütter in der Pandemie. Befunde eines repräsentativen Bevölkerungspanels. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 73, März 2022, Düsseldorf, https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008274

KANTAR (2021): Corona und Erwerbssituation. Welle 5. Methodenbericht Juli 2021, eine Studie von Kantar Public im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, https://www.wsi.de/data/wsi_methodenbericht_1_2021_epb_welle_5.pdf

Kohlrausch, B./Hövermann, A. (2022a): Wirtschaftliche Belastungen und Sorgen durch Ukraine-Krieg und Inflation weiter verbreitet als auf Höhepunkt der Corona-Krise. Neue Daten der repräsentativen Erwerbspersonenbefragung, Pressemitteilung am 27.5.2022, <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-wirtschaftliche-belastungen-und-sorgen-durch-ukraine-krieg-41483.htm>

Kohlrausch, B./Hövermann, A. (2022b): Corona: weniger Erwerbstätige fürchten um Job, aber hohes Belastungsgefühl, nur noch 31 % zufrieden mit Krisenmanagement. Neue Welle der Erwerbspersonenbefragung, Pressemitteilung vom 16.2.2022, <https://www.wsi.de/de/pressemitteilungen-15991-corona-weniger-erwerbstaetige-fuerchten-um-job-aber-hohes-belastungs-gefuehl-39030.htm>

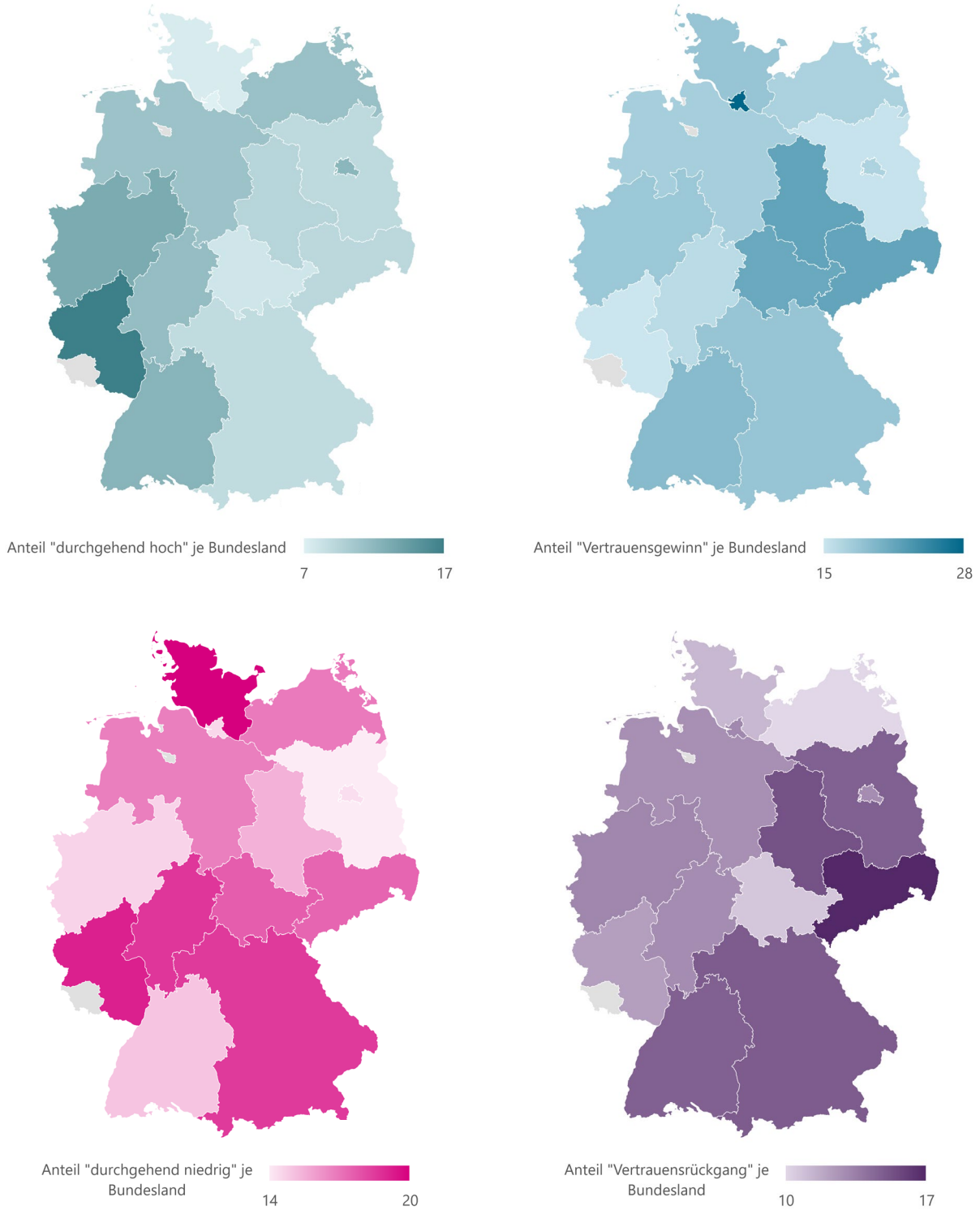
Kohlrausch, B./Hövermann, A. (2023): Aktuelle Umfrage: Viele Mütter fühlen sich gerade finanziell stark belastet – Vertrauen in Politik stark erodiert, Pressemitteilung am 25.1.2023, <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-viele-mutter-fuehlen-sich-gerade-finanziell-stark-belastet-46407.htm>

Kohlrausch, B./Hövermann, A./Emmler, H. (2022): Relativ hohe Zufriedenheit mit Energiepreisbremsen und 49 Euro-Ticket, trotzdem hoher finanzieller Druck auf viele Erwerbspersonen. Neue Befragungsergebnisse, Pressemitteilung am 20.12.2022, <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-relativ-hohe-zufriedenheit-mit-energiepreisbremsen-und-49-euro-ticket-45731.htm>

Schulten, T. (2022): Tariflöhne steigen 2022 durchschnittlich um 2,7 Prozent – hohe Inflation führt zu Reallohnverlust von 4,7 Prozent. Tarifbilanz des WSI-Tarifarchivs, Pressemitteilung am 13.12.2022, <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-tarifloehne-steigen-2022-durchschnittlich-um-2-7-prozent-45523.htm>

Anhang

Abbildung A1: Anteil Gruppen Vergleich Vertrauen in Gewerkschaften November 2022 zu April 2022
Angaben in Prozent



Quelle: Erwerbspersonenbefragung. Repräsentative Daten für Erwerbspersonen Deutschlands >16 Jahren: (N=5.136; „durchgehend hoch“ N=541, „Vertrauensanstieg“ N=921, „durchgehend niedrig“ N=982, „Vertrauensrückgang“ N=703). In Bremen und im Saarland N<100, daher nicht abgebildet.

AUTOR*INNEN

Dr. Andreas Hövermann
**Projekt zu Sozialen Lebenslagen, Transformation
und demokratischer Integration**
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
der Hans-Böckler-Stiftung
Düsseldorf
andreas-hoevermann@boeckler.de

Prof. Dr. Bettina Kohlrausch
Wissenschaftliche Direktorin
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
der Hans-Böckler-Stiftung
Düsseldorf
bettina-kohlrausch@boeckler.de

IMPRESSUM

Herausgeber
Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
www.boeckler.de

ISSN 2366-9527

Satz: Daniela Groß

WWW.BOECKLER.DE